



Energie – Sicherheit – Terrorismus

Von der **Geschichte** in die **Gegenwart** und zurück

Wie dieses Heft funktioniert

Anregungen für Lehrkräfte und Erwachsenenbildner

Die vorliegenden Materialien und Unterrichtsvorschläge zu den drei Themenfeldern Energie, Sicherheit und Terrorismus sind im Kontext der neu entwickelten Dauerausstellung der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung in Hamburg entstanden.

Sie können der Vorbereitung und der Nachbereitung eines Ausstellungsbesuchs mit einer Lerngruppe dienen, sie sind aber auch unabhängig davon als eigenständige Lerneinheiten konzipiert und eignen sich zudem auch zum Selbststudium für Interessierte.

Die drei Themenfelder können im Geschichts- oder Politikunterricht so thematisiert werden, dass die Schülerinnen und Schüler vielfältige Gegenwartsbezüge erkennen, über zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen nachdenken, aber auch die Ereignisse der 1970er- und 1980er-Jahre in ihrer Bedeutung für heute erfassen.

Grundlage für die Erarbeitung war die wissenschaftliche Expertise der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung in Verbindung mit den Grundsätzen des Politik- und Geschichtsunterrichts, die sich beispielsweise im Beutelsbacher Konsens wiederfinden.

Ein problemorientiertes und multiperspektivisches Arbeiten soll es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, eigenständig zu denken und zu lernen. Dabei sind die ausgewählten Materialien und die historische Darstellung auf die Zielgruppen abgestimmt.

Didaktische Bausteine des Themenhefts:

Einführung in das Unterrichtsmodul

Dieser Text richtet sich zunächst an die Lehrenden, welche die Unterrichts Anregungen in ihrer Lerngruppe verwenden möchten. Es gibt aber auch eine zweite Ebene: Für leistungsstärkere Lernende findet sich hier ein Einblick in den „Maschinenraum“ der Geschichts- und Politikvermittlung, insbesondere mit unterschiedlichen Standpunkten und Perspektiven. Es wird aber auch der Frage nachgegangen, was das alles denn nun mit Bundeskanzler Helmut Schmidt zu tun hat.

Zum Einstieg

Hier werden die Lernenden über großformatige Fotos von der Gegenwart in die Vergangenheit und wieder zurückgeführt. Die Wirkung der Bilder wird durch handlungsorientierte Impulse verstärkt, wie z. B. eine „Zeitreise“ im Kapitel „Braucht es wirklich neue Raketen?“.

Worum geht's?


Einführung in die Fragen und Problemstellungen des Themas und dessen Aufbereitung in den Unterrichts Anregungen. Den Lernenden begegnen so zentrale Aspekte und Fragestellungen, ohne dass sie daran gehindert werden, eigene Fragen zu formulieren und eigene Schwerpunkte zu setzen.

Impulse

Zu jedem Darstellungstext, jedem Bild, jeder Grafik und jeder Textquelle gibt es einen oder mehrere **Impulse**, die zum Erschließen, zum Nachdenken, Erforschen und Hinterfragen einladen. Die Impulse sind nicht als verbindlich und in fester Reihenfolge abzuarbeitende „Schulaufgaben“ zu verstehen. Sie können entweder von der Lehrperson oder von den Lernenden eigenständig ausgewählt und bearbeitet werden.

Die einzelnen Impulse sind, soweit möglich, nach den schulischen Anforderungsbereichen I bis III (Reproduktion, Anwendung, Transfer) grob geordnet. So finden sich an erster Stelle Impulse zur Erschließung der Texte und anderer Materialien, an zweiter Stelle folgen dann Impulse zu Erklärungen, Erläuterungen sowie zu Beurteilungen und Bewertungen.

Darstellungstexte

Nach der Einführung wird das Themenfeld in einem mit Zwischenüberschriften untergliederten Darstellungstext D zusammengefasst. Zentrale FACHBEGRIFFE finden sich in der Seitenspalte mit einem  gekennzeichnet.

Materialangebot (Texte, Bilder, Grafiken)

Ein vielfältiges, multiperspektivisches Materialangebot ermöglicht die Erarbeitung/Erschließung, Problematisierung/Diskussion und Bewertung zentraler Gesichtspunkte der drei Themenfelder ENERGIE – SICHERHEIT – UND TERRORISMUS.

Alle Materialien sind mit problemorientierten Überschriften, gegebenenfalls einer Anmoderation oder Einführung und entsprechenden Impulsen versehen. Bei der Zusammenstellung wurde neben der Multiperspektivität darauf geachtet, nicht nur Texte, sondern insbesondere auch Bilder, Karikaturen, Grafiken und Fotografien als Originalquellen zu verwenden. Die Materialien finden sich in der Dauerausstellung der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung so oder in ähnlicher Form wieder. Sie ermöglichen somit einen „Aha-Effekt“ bei der Vor- oder Nachbereitung eines Ausstellungsbesuchs.

QR-Codes und digitales Angebot

Die Unterrichts Anregungen können als PDF-Datei kostenfrei von allen Lernenden heruntergeladen werden. Zusätzlich können mithilfe von QR-Codes die Bilder der drei Themenfelder näher angeschaut beziehungsweise vergrößert werden. Bei einzelnen Materialien, wie z. B. Fotografien von Dokumenten weisen weitere QR-Codes direkt zum jeweiligen Dokument. So können alle Details wie etwa ergänzende Film- oder Tondokumente erfasst werden.

Wie kann ich konkret vorgehen?

Wenn Sie also ganz konkret eines der drei Themenfelder mit Ihren Schülerinnen und Schülern erarbeiten und diskutieren möchten, beispielsweise zur Vorbereitung (oder Nachbereitung) eines Ausstellungsbesuchs, dann könnten Sie mithilfe der folgenden vier Schritte vorgehen:

Schritt 1

Der Doppelbildimpuls **Zum Einstieg** wird mit der Lerngruppe genutzt, um Fragen zu stellen und zu sammeln sowie Bezüge zwischen der Gegenwart und dem Themenfeld herzustellen. Dabei können die beiden Bilder sowohl einzeln für sich stehen und zu Fragen anregen als auch im Vergleich einen Zeitsprung von der Gegenwart in die Vergangenheit und zurück ermöglichen.

Schritt 2

Alle Schülerinnen und Schüler erarbeiten mithilfe des Bausteins **Worum geht's** und des folgenden Darstellungstexts gemeinsam (oder in Kleingruppen) zentrale Inhalte, Fachbegriffe, Zusammenhänge und Fragen des Themenfelds.

Schritt 3

Die verschiedenen Materialangebote werden auf einzelne Gruppen verteilt und von diesen eigenständig erschlossen, ausgewertet und problematisiert. Dabei können Sie als Lehrperson die Materialien gezielt auswählen, um so Schwerpunkte zu setzen, beispielsweise bezüglich der Quellenform, konkreter Fragen der Lerngruppe oder durch die Setzung inhaltlicher Akzente.

Schritt 4

Die einzelnen Gruppen stellen ihre Ergebnisse vor. Das kann gegenüber der gesamten Lerngruppe geschehen, aber auch z. B. in einem „Galerispaziergang“ von Station (= Material) zu Station in gemischten Gruppen.

Helmut Schmidt: Vorbild, Mensch und Mythos

Geschichtslernen durch personenorientierte Erzählungen

1 Für viele Menschen steht der Name Helmut Schmidt heute für ein oft weitsichtiges
Handeln im Kontext großer internationaler Herausforderungen, für ein stetiges und be-
harrliches Vorantreiben internationaler Zusammenarbeit, insbesondere für das Zusam-
menwachsen der Europäischen Gemeinschaften, wie die heutige EU damals hieß. Zu-
5 gleich erinnern sich die meisten Menschen an den „Krisenmanager“ mit Elblotsenmütze
und Zigarette oder an den politischen Schriftsteller und Altkanzler, der bis ins hohe Al-
ter einem breiten Publikum die Welt erklärte.

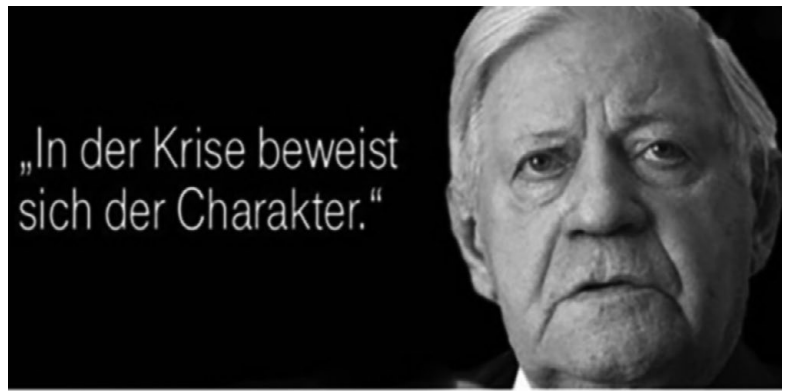
Helmut Schmidt starb im Jahr 2015 kurz vor seinem 96. Geburtstag. Bis heute begegnet
man dem ehemaligen Bundeskanzler jedoch überall: Zahlreiche Bücher über sein Leben
10 sind erschienen, Orte und Institutionen werden nach ihm benannt, Parteien aus verschie-
denen Ecken des politischen Spektrums berufen sich im Wahlkampf auf ihn, und in den
sozialen Medien werden Schmidt-Zitate so häufig geteilt wie noch nie. Woran liegt das?
Welches ist der Platz Helmut Schmidts in der Geschichte? Fühlen sich zumindest die
15 Älteren heute an die Zeiten großer internationaler Krisen in den 1970er- und 1980er-Jah-
ren erinnert – und daran, wie Schmidt diesen Herausforderungen begegnete? Fehlt es in
der Gegenwart an politischen Figuren, die ein Beispiel geben für einen verantwortungs-
vollen und weitsichtigen Umgang mit den Problemen einer komplexen Moderne? Ver-
körpern sie in einem besonderen Maße das Spannungsfeld einer freiheitlich-parlamentari-
schen Demokratie mit ihren intensiven Diskussionen einerseits und dem von so vielen
20 gewünschten energischen und klaren Handeln der Regierung? Oder hatte der Hambur-
ger Schmidt einfach ein besonderes Talent dafür, sich zu Lebzeiten so gekonnt zu insze-
nieren, dass sein medialer Abdruck die Zeit überdauert?

Mit den vorliegenden Materialien wollen wir zur kritischen Auseinandersetzung mit Hel-
mut Schmidt anregen. Es geht hier also nicht in erster Linie darum, die Verdienste
25 Schmidts als Politiker, Publizist und für das Gemeinwohl engagierter Staatsbürger zu
würdigen. In seinem Sinne – er selbst war an lebendigen und kontroversen Auseinander-
setzungen, weniger an „Lobgesängen“ interessiert – sollen die Leserinnen und Leser die-
ser Materialien von der Gegenwart kommend in die Krisen der 1970er- und 1980er-Jahre
eintauchen und Problemstellungen und Entscheidungssituationen nachempfinden, dis-
30 kutieren und einen eigenen Standpunkt finden. Das gilt gerade auch für den Einsatz
dieser Materialien im Geschichts- und Politikunterricht. Wir möchten gleichzeitig die
weit verbreiteten Erzählungen über Helmut Schmidt und seine Lebensleistung kritisch
hinterfragen und damit eine vielstimmige demokratische Debatte anregen.

Fest steht: Schmidt war Zeuge und Akteur eines bewegten Jahrhunderts. Kurz nach
35 Ende des Ersten Weltkriegs geboren, wuchs er in Hamburg der Weimarer Republik auf.
Er erlebte als Jugendlicher die Zeit des Nationalsozialismus und kämpfte nach seinem
Abitur als Soldat und Offizier im Zweiten Weltkrieg. 1946 trat er der SPD bei, studierte
in seiner Heimatstadt Volkswirtschaft, arbeitete hier kurze Zeit in der Behörde für Wirt-
schaft und Verkehr und wurde bereits 1953 Abgeordneter im noch jungen Deutschen
40 Bundestag. Nach seiner kurzen Rückkehr nach Hamburg als Polizei- und Innensenator
(1961 – 1965) spielte er eine entscheidende Rolle bei der Sturmflut von 1962 und auch in
der sogenannten SPIEGEL-Affäre, dem bis dahin größten Medienskandal der deut-
schen Nachkriegsgeschichte, machte er bundesweit von sich reden. In der angespann-
ten Zeit des Kalten Kriegs wurde Schmidt 1969 unter Willy Brandt Bundesminister der
45 Verteidigung, im Anschluss daran Finanz- und vorübergehend sogar gleichzeitig Wirt-
schaftsminister. Die Kanzlerjahre Schmidts von 1974 bis 1982 wurden bestimmt von
nationalen wie internationalen Krisen: RAF-Terrorismus, einem zweiten Kalten Krieg,
Revolutionen (z. B. im Iran oder in Nicaragua) und einem neuen Wettrüsten, Energie-
und Ölpreiskrisen. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik arbeitete Schmidt als Mit-
50 herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT und meldete sich sowohl dort als auch in
anderen Medien und durch zahlreiche Buchveröffentlichungen regelmäßig zu aktuellen
politischen Entwicklungen zu Wort.



Dieses Plakat eines Street-Art-Künstlers wird im Shop der Hamburger Zeitung MOPO verkauft



Zitate wie dieses wurden besonders im Jahr 2020 häufig in den sozialen Medien geteilt

SÖDER, SPAHN, LASCHET

Wer ist heute der Helmut Schmidt?

Zeitungen vergleichen in der Corona-Krise Politiker mit dem verstorbenen Altkanzler

IMPULSE

- ▶ Erklärt, was mit der „Standortgebundenheit“ (Z. 66) von historischen Quellen gemeint ist. (Tipp: Eine Quelle ist z. B. ein Text oder ein Foto aus einer bestimmten Zeit und einem bestimmten Ort.)
- ▶ Was könnten die Autoren meinen, wenn sie von der Problematik von „Heldengeschichten“ (Z. 59) sprechen?
- ▶ Listet in der linken Spalte einer Tabelle die Themen auf, mit denen Helmut Schmidt sich in seiner politischen Laufbahn beschäftigte. Schreibt in der rechten Spalte dazu, ob das Thema heute noch aktuell ist und warum.
- ▶ Arbeite aus dem Text und mithilfe der Bilder heraus, warum Helmut Schmidt auch nach seinem Tod bei vielen Menschen in Deutschland sehr populär ist.
- ▶ „Der Umgang mit Geschichte ist wichtig für die Zukunft unserer Demokratie.“ Denkt über diese These nach, überlegt euch Beispiele und diskutiert miteinander.

Viele der Themen, die Schmidt als überzeugten Vertreter einer repräsentativen Demokratie beschäftigten, haben bis heute nichts an Aktualität verloren. Der Blick zurück auf sein langes Leben lohnt also. Lebensgeschichtliche Zugänge können die Vergangenheit spannend und greifbar machen; sie erleichtern die vergleichende Untersuchung des Heute und des Gestern und zeigen gleichzeitig deren Grenzen auf. Solche Erzählungen bergen aber auch Herausforderungen, wenn möglichst objektiv von der Vergangenheit berichtet werden soll. Schnell werden Biografien dann zu „Heldengeschichten“ und reduzieren die Vielschichtigkeit historischer Zusammenhänge.

Der Einsatz von umfangreichem zeitgenössischem Quellenmaterial in diesem Heft soll dem vorbeugen und es den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Aber auch eine dichte, quellenbasierte Darstellung bleibt immer nur ein Ausschnitt. Sich dessen bewusst zu sein, ist vielleicht der wichtigste Aspekt bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit; neben der Vermittlung zeitgeschichtlicher Daten und Ereignisse muss es immer auch darum gehen, die Standortgebundenheit vermeintlich objektiver Quellen selbst zum Thema zu machen und so einen kritischen Umgang mit der Geschichtsschreibung selbst zu fördern. Gleichzeitig gilt: Nur wer die Geschichte kennt, bekommt über dieses Wissen die Möglichkeit, gut begründete Schlüsse für politisches Handeln in der Gegenwart zu ziehen und damit informierte Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Über Geschichte zu sprechen, heißt in unserem Verständnis auch, in der Lage zu sein, verschiedene Standpunkte und Perspektiven einzunehmen. Für den demokratischen Prozess ist diese multiperspektivische Vorgehensweise zentral. Geschichtsbilder können nicht verordnet werden, sie werden in einem demokratischen Verfahren gemeinsam immer wieder neu diskutiert, entwickelt und ausgehandelt.

Auch Helmut Schmidt wusste das. Er lebte für die parlamentarische Demokratie mit ihren Grundprinzipien von Dialog und Kompromiss. Das Leben von Helmut Schmidt, der als Jugendlicher die tiefe Krise und den Fall der ersten deutschen Republik erlebte, zeigt uns heute, dass die Demokratie als Staatsform nicht selbstverständlich ist. Um sie zu schützen und demokratische Werte lebendig zu halten, bedarf es aktiver Beteiligung. Nicht nur durch Wahlen, auch durch zivilgesellschaftliches Engagement, durch bewusste und informierte Entscheidungen im Alltag, durch werte- und regelbasierte mediale Berichterstattung und durch Diskussionen in der Schule und an anderen Lernorten, mit Kolleginnen und Kollegen, in der Familie oder mit Freunden. „Demokratie leben“ bedeutet, miteinander im Gespräch zu bleiben. „Demokratie leben“ bedeutet auch, die Geschichte zu kennen und sich darüber zu verständigen.

Zum Einstieg



getty images



picture alliance / JOKER

ALLE KAPITELBILDER



IMPULS

- ▶ Die beiden Fotografien aus den Jahren 1981 und 2016 zeigen jeweils einen Ausschnitt friedlicher Demonstrationen. Durch eine „Zeitreise“ kann der junge Mann von 1981 mit einem Protestierenden von 2016 sprechen. Welche Fragen könnten sich beide Seiten gegenseitig stellen?

Braucht es wirklich neue Raketen?

Wettrüsten und Friedensbewegung im Kalten Krieg (1977–1982)

WORUM GEHT'S?

Man kennt das Szenario aus der Popkultur: Der Marvel-Held Captain America kämpft gegen den sowjetisch-indoktrinierten Winter Soldier, in der Serie GLOW inszenieren die Protagonistinnen Ringkämpfe zwischen den Kunstfiguren Liberty Belle und Zoya the Destroya, die die USA und die Sowjetunion verkörpern sollen. Die USA und Russland beziehungsweise die Sowjetunion stehen sich regelmäßig als Antagonisten gegenüber. Diese fiktiven Geschichten nehmen Bezug auf einen realen Konflikt: Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs standen sich die Supermächte USA und Sowjetunion, geprägt durch ihre unterschiedlichen Weltanschauungen, feindselig gegenüber. Beide Machtblöcke befanden sich im Besitz von Nuklearwaffen mit einem extremen Vernichtungspotenzial, weshalb der sogenannte Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion zu einer Bedrohung für die gesamte Welt wurde. In den darauffolgenden Jahrzehnten kam es immer wieder zu Phasen von Entspannung und Verschärfung des Konflikts.

Die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion führte ab Mitte der 1970er-Jahre zu einer Zuspitzung der Krise im Ost-West-Verhältnis. Als Reaktion auf die dadurch entstandene Übermacht der Sowjetunion auf diesem Gebiet der atomaren Rüstung forderte Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Reaktion des westlichen Verteidigungsbündnisses, der NATO, um den Schutz Europas durch die USA zu sichern. Doch in der Bundesrepublik wuchs der Widerstand gegen Schmidts Außenpolitik. Sowohl in seiner Partei, der SPD, als auch in weiten Teilen der Bevölkerung wurde eine Form der Friedenspolitik ohne weitere Aufrüstung gefordert. Konnte Helmut Schmidt an seiner Politik festhalten? Warum war eine „Nachrüstung“ der NATO aus seiner Perspektive zwar nicht wünschenswert, aber möglicherweise notwendig?

D1 Das Ende der Entspannungspolitik? NATO-Doppelbeschluss, Nachrüstungsdebatte und Friedensbewegung



SUPERMÄCHTE

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und die Sowjetunion („Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, UdSSR) die einzigen Weltmächte. Alle anderen Staaten gruppierten sich um eine der beiden oder blieben neutral. Mit ihrem atomaren Waffenarsenal waren die USA und die Sowjetunion auch in der Lage, das Leben auf der Erde vollständig auszulöschen. Daher werden sie für den Zeitraum bis 1991 (als sich die Sowjetunion auflöste) als „Supermächte“ bezeichnet.

1 Die im Jahr 1969 gewählte sozial-liberale Regierung leitete einen Kurswechsel in den deutsch-deutschen Beziehungen ein. Insbesondere Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Außenminister Walter Scheel (FDP) bemühten sich um eine neue Entspannungspolitik. Zwar sollte der ostdeutsche Teilstaat, die Deutsche Demokratische Republik
5 (DDR), nicht völkerrechtlich anerkannt werden, aber ihre Existenz konnte nicht mehr infrage gestellt werden. Es galt, Beziehungen im Interesse der Menschen der beiden deutschen Staaten aufzubauen, ohne die Unterschiede zwischen einer freiheitlichen Demokratie auf der einen Seite und einer kommunistischen Parteidiktatur mit bewachter Außengrenze auf der anderen Seite zu verdecken. Diese „neue Ostpolitik“ erstreckte sich auch auf die Sowjetunion und andere „Ostblock“-Staaten wie die Republik Polen.
10 Schwierig blieb es, einerseits auf Zusammenarbeit, Gespräche und Kontakte zu setzen und andererseits mit nicht demokratisch gewählten Regierungen zusammenzuarbeiten. Helmut Schmidt, der 1974 zum Bundeskanzler gewählt wurde, war ein Realist. Er machte sich keine Illusionen über die Unterdrückung der Menschen in der Sowjetunion
15 und in den von ihr kontrollierten Staaten. Ein Wandel war seiner Überzeugung nach nur mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Da die Bundesrepublik Deutschland direkt am „Eisernen Vorhang“ lag und in der DDR 17 Millionen Deutsche lebten, gab es für ihn keine Alternative zu einer Entspannungs- und Kooperationspolitik, auch wenn das eine enge Zusammenarbeit mit den Machthabern in der DDR bedeutete.

Neuer Brennpunkt: Atomare Rüstung in Europa

Ab Mitte der 1970er-Jahre verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Supermächten* USA und Sowjetunion. Das hatte Auswirkungen auf die beiden deutschen Staaten, deren Grenze zugleich die Systemgrenze zwischen dem „Westen“ und dem
25 „Osten“ war. Die Bundesregierung benötigte für ihre Entspannungspolitik die Rückenbedeckung der USA, eine „Nebenaußenpolitik“ war schwierig bis unmöglich. Während die USA durch ihre Niederlage im Vietnamkrieg und durch wirtschaftliche Probleme schwächer zu werden schienen, wirkte die Sowjetunion nach außen stabil und rüstete militärisch weiter auf. Entsprechend selbstbewusst trat auch die Regierung der DDR nach
30 außen auf. Seit Anfang der 1970er-Jahre begann die Sowjetunion, einen neu entwickelten Typ nuklearer Mittelstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren. Diese sogenannten SS-20-Raketen trugen mehr Sprengköpfe als ihre Vorgängermodelle und wurden in immer größerer Zahl aufgestellt. Mit einer Reichweite von 5.000 km bedrohten sie die westeuropäischen Staaten, aber nicht die USA, die außerhalb ihrer Reichweite lagen.
35 Daraus folgte für Schmidt ein politisches Erpressungspotenzial: Konnte den USA der Schutz ihrer westeuropäischen Verbündeten so wichtig sein, dass sie im Fall eines Nuklearkriegs in Europa ihre eigene Bevölkerung dafür gefährdeten? Denn jede militärische Reaktion der USA auf eine sowjetische Bedrohung würde direkte Maßnahmen gegen die USA selbst bedeuten. Es schien so, als verfolgte die Sowjetunion mit der Stationierung
40 der neuen Raketen das Ziel, einen Keil zwischen Westeuropa und die USA zu treiben und so langfristig die Kontrolle auch über Westeuropa zu erreichen.

Helmut Schmidt ergreift die Initiative

Anlässlich einer sicherheitspolitischen Rede in London machte Schmidt am 1. Februar
45 1977 auf die besondere Bedrohung Westeuropas durch die neuen SS-20-Raketen aufmerksam: Die Sowjetunion könne so Westeuropa einseitig bedrohen, da es aufseiten der NATO kein Gegengewicht gebe. Er forderte eine Reaktion des gemeinsamen Bündnisystems der USA und der westeuropäischen Staaten. Die Rede Schmidts zielte auch auf eine Einbindung des gerade neu gewählten amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter,
50 der sich anfangs an Außenpolitik weniger interessiert zeigte. Das gelang schließlich, und 1979 beschlossen die NATO-Staaten eine doppelte Reaktion: Es sollten Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen werden, um das Problem aus der Welt zu schaffen. Schmidts erstes Ziel dabei: die sogenannte Null-Lösung. Die SS-20-Raketen sollten wieder abgebaut werden, dann bräuchten keine eigenen beziehungsweise
55 amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa stationiert werden.

Widerstand in der Bevölkerung ...

Während die Verhandlungen mit der Sowjetunion 1981 in Genf (Schweiz) begannen, wuchsen in den westeuropäischen Staaten jedoch die Kritik an und der Widerstand ge-



SALT-VERTRÄGE

Im Rahmen der Entspannungspolitik begannen im November 1969 Gespräche zwischen Vertretern der USA und der Sowjetunion. Ihr Ziel war es, das atomare Wettrüsten zu beenden. Die langjährigen Verhandlungen wurden mit SALT abgekürzt, was für „Strategic Arms Limitation Talks“ (= Gespräche zur Begrenzung strategischer Waffen) stand. Nach drei Jahren gab es mit dem
SALT-I-Abkommen einen Erfolg: Beide Supermächte verpflichteten sich, nur eine begrenzte Zahl von Raketenabwehrsystemen zu errichten und sich an festgelegte Höchstgrenzen für atomwaffenfähige Interkontinentalraketen (= Intercontinental Ballistic Missile, ICBM) zu halten. Damit waren allerdings Nuklearwaffen mittlerer Reichweite wie die SS-20-Raketen nicht erfasst. Außerdem begrenzte das SALT-I-Abkommen nicht die Zahl der Sprengköpfe pro Rakete. Damit konnte in diesem Bereich das Wettrüsten weitergehen. Erst nach weiteren sieben Jahren Verhandlungszeit wurde ein SALT-II-Abkommen erreicht. Auf jeder Rakete durften nunmehr maximal zehn Sprengköpfe installiert sein; zudem wurde die Zahl aller Trägersysteme genauer geregelt. Obwohl das
SALT-II-Abkommen niemals offiziell in Kraft trat, hielten sich beide Seiten „freiwillig“ an die Regelungen.
Die Rede Schmidts in London 1977 und der spätere NATO-Doppelbeschluss von 1979 zielten somit darauf, für die sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa eine ähnliche Lösung wie bei den SALT-Gesprächen zu finden: eine Obergrenze oder ein Verzicht beider Seiten auf entsprechende Waffensysteme. Das gelang erst 1987, nach erfolgter „Nachrüstung“ durch die NATO, mit einem Verbot aller atomaren Mittelstreckenwaffensysteme in Europa.



DIE FRIEDENSBEWEGUNG

Bereits seit den 1950er-Jahren gab es in vielen Staaten, wie den USA, Großbritannien und auch der Bundesrepublik, eine starke Friedensbewegung, die in Massendemonstrationen Abrüstung forderte und auf die völlige Zerstörung der japanischen Städte Nagasaki und Hiroshima 1945 durch zwei nukleare Bomben verwies. Diese Angst vor einem Atomkrieg wurde seit den 1960er-Jahren mit den „Ostermärschen“ auf die Straße getragen. Aber auch in der Popkultur, in Büchern, Filmen und anderen Medien fand der Protest Ausdruck und Massenwirkung. Der NATO-Doppelbeschluss mit der Möglichkeit der Stationierung neuer atomarer Waffensysteme der NATO in Europa führte zur Entstehung einer neuen, von breiten Bevölkerungsschichten unterstützten Friedensbewegung. Diese forderte von allen Regierungen, insbesondere von der eigenen, Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle. Abrüstung sollte auch einseitig auf westlicher Seite geschehen („Frieden schaffen ohne Waffen“). Da die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in einem bewaffneten Konflikt die ersten Schlachtfelder geworden wären, trafen die Forderungen der Friedensbewegung hier auf eine besonders große Resonanz – der Protest organisierte sich mit der neu gebildeten Partei DIE GRÜNEN schließlich auch im Bundestag, dem deutschen Parlament. Der „Krefelder Appell“ von 1980 (siehe das Dokument unten) gehört zu einem der zentralen Dokumente der Friedensbewegung.

gen den sogenannten NATO-Doppelbeschluss. Eine breite Friedensbewegung bildete sich heraus, begleitet durch ein großes Medienecho, insbesondere in Rundfunk und Fernsehen (ein Internet gab es noch nicht). Die Protestierenden forderten von den westlichen Regierungen, auf eine Stationierung eigener Raketen zu verzichten und stattdessen sogar bestehende Systeme abzurüsten: „Frieden schaffen ohne Waffen“ war ein in beiden deutschen Staaten verbreiteter Appell. Überall in Westeuropa gingen Tausende auf die Straßen. Eine neue Partei nahm die Widerstände auf: DIE GRÜNEN hatten ihre Wurzeln auch in der Friedensbewegung der 1970er-Jahre.

Für Helmut Schmidt wurde die Situation sehr schwierig: Er selbst hatte den NATO-Doppelbeschluss mitherbeigeführt und stand für dessen Umsetzung. Wenn also die Verhandlungen mit der Sowjetunion scheitern sollten, mussten die neuen westlichen Waffensysteme stationiert werden. Das nicht zu tun, hieß, die Glaubwürdigkeit von NATO- und westlicher Außenpolitik aufs Spiel zu setzen und die Sowjetunion zu einem weiteren Vorgehen gegen den Westen zu ermutigen. Sogar ein Zerbrechen der NATO erschien dann im Bereich des Denkbaren.

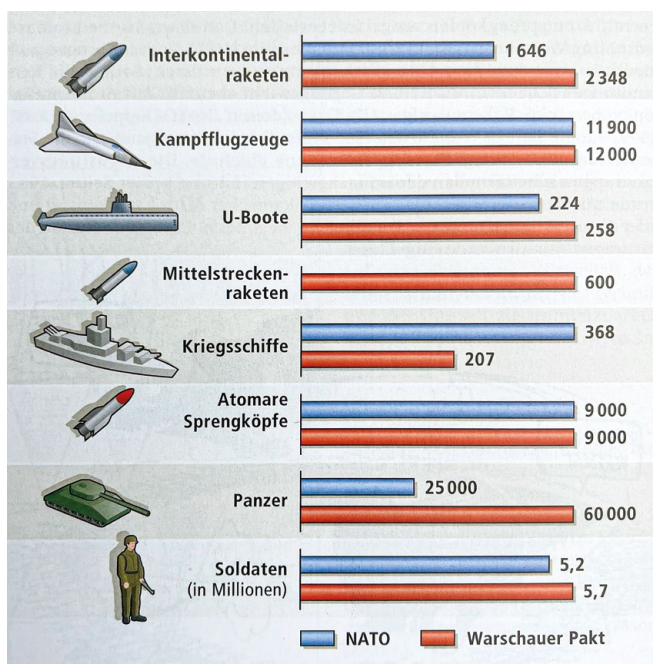
... und auch in der eigenen Partei

Auch in der SPD wuchs der Widerstand gegen eine Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Insbesondere jüngere Politikerinnen und Politiker stellten sich gegen „ihren“ Bundeskanzler. Auch der Parteivorsitzende und Amtsvorgänger Schmidts als Bundeskanzler, Willy Brandt, zeigte deutliche Sympathien für die Friedensbewegung und deren Forderungen. Helmut Schmidt stand zunehmend als Kanzler ohne eigene „Hausmacht“ da, dessen Politik eher vom politischen Gegner (CDU/CSU) und von konservativ ausgerichteten Zeitungen verteidigt wurde.

IMPULSE

- ▶ Sammelt Gründe dafür, warum ein deutscher Regierungschef grundsätzlich für eine Entspannungspolitik sein musste.
- ▶ Erklärt, warum Helmut Schmidt mit seiner Rede 1977 insbesondere den amerikanischen Präsidenten überzeugen wollte.
- ▶ Welche Möglichkeiten bieten die neuen SS-20-Mittelstreckenraketen? Argumentiert aus sowjetischer Perspektive, indem ihr die Varianten eines unterschiedlichen Auftretens gegenüber den USA und den einzelnen westeuropäischen Staaten durchspielt.
- ▶ Schildert mit eigenen Worten das Dilemma, in dem sich Helmut Schmidt Ende der 1970er-Jahre befand.

Q1 Rüstung in Ost und West im Vergleich (Stand 1982)



IMPULSE

- ▶ Untersucht mithilfe der Grafik das militärische Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, dem Bündnissystem der osteuropäischen Staaten, und zeigt, wo sich Ungleichgewichte auf tun. Versucht Erklärungen für die Ungleichgewichte zu finden. Berücksichtigt dabei, dass die Sowjetunion eine Landmacht war und die USA und Europa durch den Atlantischen Ozean getrennt waren.
- ▶ Diskutiert, ob sich aus der Grafik eine „Notwendigkeit“ für eine Nachrüstung auf westlicher Seite ergab.

Q2 Der deutsche Bundeskanzler als Wegbereiter der Weltpolitik?

Mit seiner Rede vor dem „International Institute for Strategic Studies“ in London am 28. Oktober 1977 brachte Helmut Schmidt das Problem der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die Tagesordnung der westlichen Politik. Er löste damit eine Dynamik aus, die schließlich zum NATO-Doppelbeschluss von 1979 führte. Er erntete lang anhaltenden Beifall eines internationalen Publikums. Die Rede und ihre Auswirkungen stehen somit auch für das hohe internationale Gewicht des Bundeskanzlers.

Aus der Rede Helmut Schmidts in London:

- 1 *Niemand kann bestreiten, daß das Prinzip der Parität [= Gleichheit, Ausgewogenheit] vernünftig ist. Es muß jedoch Zielvorstellung aller Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sein und für alle Waffenarten gelten. Einseitige Einbußen an Sicherheit sind für keine Seite annehmbar. [...] Wir alle stehen vor dem Dilemma, dem moralischen und politischen Anspruch auf Rüstungsbegrenzung genügen und gleichzeitig die Abschreckung zur Verhinderung eines Krieges voll aufrechterhalten zu müssen. [...] Eine auf die Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muss das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten [= Ungleichgewichte ...] abzubauen.*

Bulletin der Bundesregierung, Nr. 112, 8. November 1977, S. 1013 – 1020, hier: S. 1014-1015.

Q3 Was steht im NATO-Doppelbeschluss?

Die Rede Helmut Schmidts in London war ein Auslöser intensiver Gespräche zwischen den Regierungen der führenden NATO-Staaten. Dabei wurde nach einer gemeinsamen Lösung gesucht. Die Westeuropäer wollten die USA einbinden, denn deren Staatsgebiet war nicht durch die neuen Mittelstreckenraketen der Sowjetunion bedroht. Aber auch eine Einigung der beiden Supermächte über die Köpfe der Europäer hinweg sollte so verhindert werden. Gleichzeitig musste vermieden werden, dass auch die USA nur ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchten. Das eigentliche Ziel war es, die beschlossene „Nachrüstung“ durch Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion noch zu verhindern und die für Europa so wichtige Entspannungspolitik zu bewahren. In dem Beschluss der NATO-Verteidigungsminister vom 12. Dezember 1979 in Brüssel heißt es:

- 1 *Im Laufe der Jahre hat der Warschauer Pakt ein großes und ständig weiterwachsendes Potenzial von Nuklearsystemen entwickelt, das Westeuropa unmittelbar bedroht und eine strategische Bedeutung für das Bündnis in Europa hat. [...] Insbesondere hat die Sowjetunion die SS-20-Rakete disloziert [auf ihrem Gebiet stationiert], die durch größere Treffgenauigkeit, Beweglichkeit und Reichweite sowie durch die Ausrüstung mit Mehrfachsprengköpfen [eine Rakete kann so mehrere Ziele gleichzeitig zerstören] eine bedeutende Verbesserung gegenüber früheren Systemen darstellt [... Demgegenüber] ist das entsprechende Potential des Westens auf demselben Stand geblieben. Darüber hinaus veralten diese westlichen Systeme, werden zunehmend verwundbarer und umfassen zudem keine landgestützten LRTNF [= nukleare Mittelstrecken]-Raketensysteme. [...] Diese Entwicklungen haben im Bündnis ernste Besorgnis hervorgerufen, da – falls sie fort dauern sollten – die sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen die bei den interkontinentalen strategischen Systemen [also Raketensysteme, die über Kontinente hinweg, z. B. zwischen USA und Sowjetunion, eingesetzt werden können] erzielte Stabilität aushöhlen könnte.*
- 15 *Durch diese Entwicklungen könnte auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie des Bündnisses dadurch in Zweifel gezogen werden, daß die Lücke im Spektrum der dem Bündnis zur Verfügung stehenden nuklearen Reaktionen auf eine Aggression stärker akzentuiert würde. Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschussvorrichtungen für Pershing II, welche die derzeitigen amerikanischen „Pershing Ia“ ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCM). Sämtliche Systeme sind jeweils mit nur einem Gefechtskopf ausgestattet. Alle [NATO-]Staaten werden an diesem Programm teilnehmen. Die Raketen werden in ausgewählten Ländern stationiert [...]. Die Minister unterstützen voll die als Er-*

IMPULSE

- ▶ Findet mithilfe von D1 heraus, auf welche „Disparitäten“ der Bundeskanzler in seiner Rede anspielte. Erklärt, warum diese für Westeuropa ein Problem darstellen könnten.
- ▶ Informiert euch auf den vorherigen Seiten über die SALT-Verhandlungen und Abkommen. Prüft, ob Helmut Schmidt mit seiner Rede auf ein entsprechendes Verfahren bezüglich der nuklearen Mittelstreckenraketen hinauswollte.
- ▶ Formuliert zwei Zeitungskommentare zur Rede Schmidts: einen zustimmenden und einen kritischen. Beide Kommentare können aus heutiger Perspektive oder aus einer zeitgenössischen Sicht verfasst werden. Entscheidet, wie ihr vorgeht.

IMPULSE

- ▶ Arbeitet aus dem Text heraus, warum dieser Beschluss als „Doppelbeschluss“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Nennt die konkreten Textstellen.
- ▶ Ein interner Berater der sowjetischen Regierung soll prüfen, wie glaubwürdig die Beschlüsse der NATO-Minister sind. Er listet daher genau auf, was die NATO tun wird, wenn es zu keiner Verhandlungslösung kommt. Schreibt diese Liste auf.
- ▶ Die NATO wollte einen Krieg durch eine „flexible Abschreckung“ verhindern. Dabei sollte gegenüber Aggressionen des Gegners immer mit einem vergleichbaren Mittel reagiert werden beziehungsweise diese mit einem vergleichbaren Waffensystem abgeschreckt werden. Einem Panzerangriff müsste die NATO somit mit eigenen Panzerstreitkräften entgegen treten können. Erklärt, warum diese Abschreckungsstrategie der NATO durch die Lücke im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen gefährdet sein könnte.
- ▶ Ein Sprecher der sowjetischen Regierung liest den Text. Er ist empört. Verfasst eine Stellungnahme gegen alle Punkte, die sowjetisches Verhalten kritisieren. Sucht dabei nach möglichen Argumenten, um die Vorwürfe der Verteidigungsminister zu widerlegen.

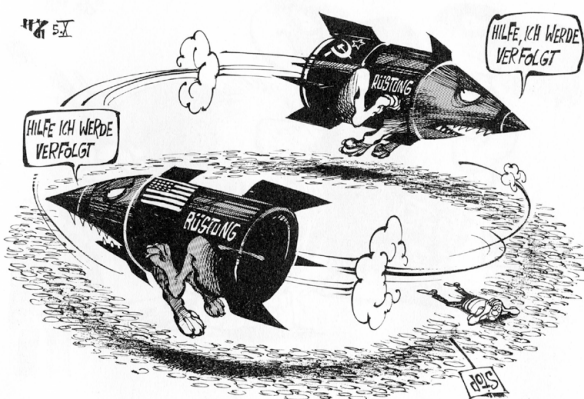
25 *gebnis von Beratungen im Bündnis getroffene Entscheidung der Vereinigten Staaten, über Begrenzungen der LRTNF zu verhandeln und der Sowjetunion vorzuschlagen, so bald wie möglich Verhandlungen auf der Grundlage der folgenden Leitlinien aufzunehmen, die das Ergebnis intensiver Konsultationen innerhalb des Bündnisses sind:*

- 30 a) *Jede künftige Begrenzung amerikanischer Systeme, die in erster Linie für den Einsatz als TNF [Theater Nuclear Forces, gemeint sind atomare Mittelstreckenrakensysteme und Marschflugkörper] bestimmt sind, soll von einer entsprechenden Begrenzung sowjetischer TNF begleitet sein. [...]*
- c) *Das unmittelbare Ziel dieser Verhandlungen soll die Vereinbarung von Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Raketensysteme sein. [...]*
- 35 e) *Jede vereinbarte Begrenzung muß angemessen verifizierbar sein. [...]*

Zitiert nach: www.documentarchiv.de/in/natoddb.html

Q4 „Der Rüstungswettlauf“

Horst Haitzinger, 1981



IMPULSE

- Beschreibt die Karikatur und erläutert ihre politische Botschaft.
- Formuliert einen Leserbrief an eine Zeitung, die die Karikatur abgedruckt hat, in dem Kritik an der Aussage der Karikatur geübt wird. (Ein Tipp: Überlegt, welche Unterschiede Horst Haitzinger weggelassen haben könnte.)

Q5 Kritik und Unterstützung der Politik der Bundesregierung (1981)

Die mögliche „Nachrüstung“ aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses löste Auseinandersetzungen aus, die sich auch in den Medien widerspiegeln. Die beiden hier abgedruckten Titelbilder zeigen unterschiedliche Botschaften. Zu beachten ist, dass der *stern* eine Millionenaufgabe hatte, während die Zeitschrift „Wehrtechnik“ sich an wenige Spezialisten richtete.

IMPULSE

- Vergleicht die Aussagen der beiden Titelbilder. Beachtet dabei die unterschiedliche Herangehensweise an das Thema.
- Prüft, welche Rückschlüsse auf die Meinungsbildung innerhalb der Bevölkerung gezogen werden können, wenn die Auflagenhöhe und die Zahl der Lesenden der beiden Magazine verglichen wird.

Wehrtechnik Nr. 9, September 1981



stern Titelbild der Ausgabe Nr. 9, 19. Februar 1981

Q6 Abrüstung vor Abschreckung?

Mitte November 1980 trafen sich in Krefeld wichtige Beteiligte bundesdeutscher Friedensgruppen. Zu den rund 1.500 Delegierten gehörten auch prominente Vertreterinnen und Vertreter der neuen Friedensbewegung wie Petra Kelly und Gert Bastian von den GRÜNEN. Das Krefelder Treffen wurde von der „Deutschen Friedensunion“ vorbereitet, die der „Deutschen Kommunistischen Partei“ nahestand. Diese vertrat die Interessen des „Warschauer Pakts“ und wurde von der DDR kontrolliert. Der Aufruf der „Deutschen Friedensunion“ wurde weitgehend übernommen, der „Krefelder Appell“ einstimmig beschlossen. Sechs Monate später hatten rund 800.000 Menschen den Appell unterschrieben, bis 1983 waren es mehr als vier Millionen. Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der Unterzeichnenden nichts von dem kommunistischen Hintergrund der „Deutschen Friedensunion“ wusste oder wissen wollte.

IMPULSE

- ▶ Prüft, an wen sich der „Krefelder-Appell“ richtete und vor welchen Gefahren in ihm gewarnt wurde.
- ▶ Versetzt euch in die Rolle einer Pastorin, die den „Krefelder Appell“ als Grundlage ihrer Predigt zum Thema „Frieden“ auswählt. Überlegt, wie die Pastorin den Appell in ihre Predigt einbauen könnte.
- ▶ Entwerft einen Leserbrief, der Ende November 1980 in einer Zeitung gedruckt werden könnte. In diesem setzt sich die Verfasserin kritisch mit dem „Krefelder Appell“ auseinander. Sie legt insbesondere die Beteiligung der Sowjetunion und die einseitige Anklage gegenüber dem Westen offen.
- ▶ Vergleicht die Karikatur aus Q4 mit dem Inhalt des „Krefelder Appells“.

Der Atomtod bedroht uns alle Keine Atomraketen in Europa

Unter diesem Motto stand das Krefelder Forum am 15./16. November 1980. Zu den Rednern des Forums gehörten: General a.D. Gert Bastian, Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Bechert, Prof. Dr. Gerhard Kade, Petra Kelly, D. Martin Niemöller, Klaus Thüsing MdB, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Peter Tümmers, Oberst a.D. Josef Weber sowie aus den Niederlanden Wim Albers, Abgeordneter des Europaparlaments, und General a.D. M. H. von Meyenfeldt.

Die 1000 Teilnehmer stimmten der folgenden Erklärung zu:

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müssten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

- die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

- eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt;
- Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;
- die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

(Bitte einsenden an: Josef Weber c/o DFU, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60)

Ich schließe mich dem Appell an die Bundesregierung an,

- die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettüstens sein zu wollen.

Name:

Anschrift:

Beruf / Funktion:

.....

Datum

Unterschrift

Q7 Demonstration gegen die Nachrüstung, Bonn 10. Juni 1982

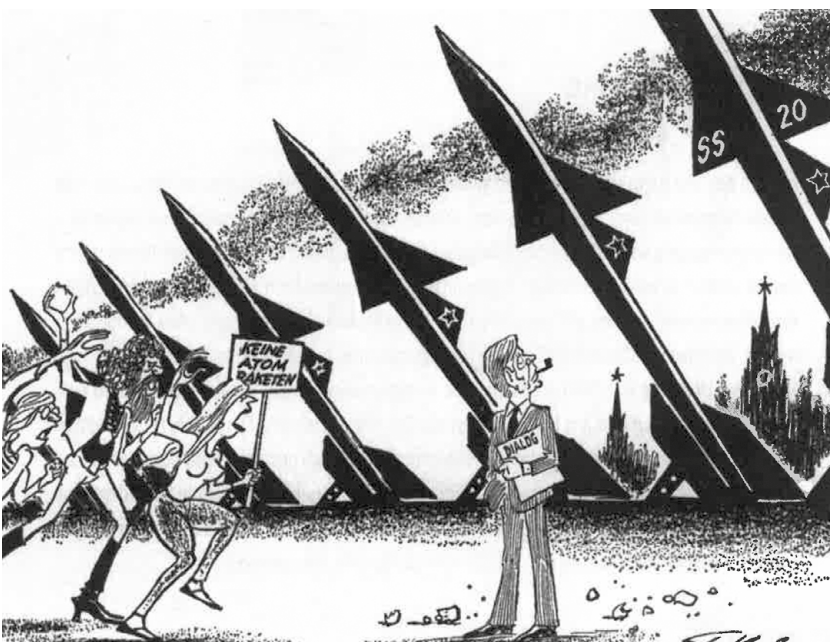


Associated Press / picture alliance

IMPULSE

- ▶ Das Bild soll online veröffentlicht werden. Verfasst eine Bildbeschreibung mit Erklärungen für Menschen mit einer Sehbehinderung.
- ▶ Diskutiert, ob es für Beamtinnen und Beamte (also auch Soldatinnen und Soldaten) erlaubt sein soll, gegen die Politik der eigenen Regierung zu demonstrieren. Unterscheidet dabei die Teilnahme mit und ohne Uniform und bezieht auch die Frage ein, ob der Textbanner erlaubt sein sollte. Nutzt Artikel 5 des Grundgesetzes als Grundlage.
- ▶ Es ist nicht üblich, dass Soldaten gegen militärische Maßnahmen ihrer eigenen Regierung demonstrieren. Überlegt, ob die damalige Lage der beiden deutschen Staaten als „Frontstaaten“ das Verhalten der Soldaten erklären könnte.

Q8 Blickrichtung nach Westen?



Helmut Schmidt in Karikaturen. Eine visuelle Geschichte seiner Kanzlerschaft. Karikaturen von Fritz Behrendt, Schwalbach/Ts. 2016, S. 34.

IMPULSE

- ▶ Beschreibt, was zu sehen ist und welche Aussage die Karikatur vermittelt.
- ▶ Entwerft (z. B. als Skizze) eine Gegenkarikatur, in der die Demonstrierenden zwischen den Waffensystemen aus Ost und West stehen (oder wählt eine andere Kulisse).
- ▶ Wenn wir die gezeichnete Situation einmal so als richtig annehmen: Welche Schlussfolgerungen könnte die sowjetische Seite aus den Demonstrationen auf westlicher Seite für die Ernsthaftigkeit der Abrüstungsverhandlungen in Genf ziehen?

Q9 Ein Bundeskanzler als Witzfigur? (Postkarte, ohne Jahr)



IMPULSE

- ▶ Beschreibt und erklärt, welches Bild von Helmut Schmidt auf der Postkarte gezeichnet wurde. Sucht nach möglichen Gründen für diese Darstellung des Bundeskanzlers.
- ▶ Diskutiert, ob die Postkarte und die Strafanzeige (vgl. Q10) zu weit gingen, indem eine politische Auseinandersetzung auf eine persönliche Ebene gebracht wurde.

Q10 Den Bundeskanzler und andere vor Gericht stellen? Protest per Rechtsweg (1981)

Die Proteste gegen eine mögliche Nachrüstung erreichten 1981 mit einer Strafanzeige der ein Jahr zuvor gegründeten Partei DIE GRÜNEN eine neue Dimension: Der Parteivorstand zeigte nicht nur Bundeskanzler Helmut Schmidt, sondern auch Außenminister Genscher (FDP), Verteidigungsminister Apel (SPD) sowie die Vorsitzenden der CDU/CSU-, der FDP- und der SPD-Bundestagsfraktion an. (Die Bundestagsfraktionen bestehen aus den Abgeordneten der jeweiligen Parteien.)

IMPULSE

- ▶ Findet heraus, wann DIE GRÜNEN erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt wurden und wie sich die neuen Abgeordneten selbst verstanden. Mögliche Internetquellen: www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/gruene/42151/geschichte ODER www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/entstehung_der_gruenen/index.html
- ▶ Fasst zusammen, was die Grundgesetzvorschrift und der Straftatbestand enthalten und bedeuten, auf die sich die Fraktion der GRÜNEN bei ihrer Anzeige berufen.
- ▶ Übersetzt das juristische Antwortschreiben des Bundesanwalts in einen leicht verständlichen Podcast/Rundfunkbeitrag. Haltet euren Vortrag!
- ▶ Bewertet die Entscheidung der GRÜNEN, Bundeskanzler Helmut Schmidt persönlich anzuzeigen.

DIE GRÜNEN Bundesgeschäftsstelle
Friedr. Ebert Allee 120
5300 BONN 1
Tel: 0228/233021 22

An die Bundesanwaltschaft Karlsruhe
Herrenstr. 45
7500 Karlsruhe

Sehr geehrte Damen/Herren,

wir erstatten Strafanzeige

gegen Helmut Schmidt
Hans Dietrich Genscher
Hans Apel

zu laden bei Bundesregierung Bonn

so wie

gegen Helmut Kohl (CDU/CSU-Fraktion)
Herbert Wehner (SPD-Fraktion)
Wolfgang Mischnick (FDP-Fraktion)

zu laden bei Deutscher Bundestag Bonn

unter dem Gesichtspunkt des Friedensverrats gegen
"Vorbereitung eines Angriffskrieges"
§ 80 a StGB.

In der Anlage geht Ihnen das Belastungsmaterial zu unter
dem Titel:
Anklageschrift gegen die deutsche Bundesregierung wegen
Vorbereitung eines Angriffskrieges

Für den Bundesvorstand der Partei DIE GRÜNEN

(Norbert Mann) *(Erich Knapp)*

Strafgesetzbuch, Besonderer Teil
Erster Abschnitt
Erster Titel: FRIEDENSVERRAT
§ 80 Vorbereitung eines Angriffskrieges

Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bestraft

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
Artikel 26, Verbot des Angriffskrieges

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

a) Anzeige der Grünen bei der Bundesanwaltschaft

DER GENERALBUNDESANWALT
BEIM BUNDESGERICHTSHOF

7500 Karlsruhe 1, den 24. Juli 1981
Herrenstraße 45a
Postfach 2720
Fernsprecher (0721) 159-1
Durchwahl 159-...

- 2 ARP 163/81 - 1 -

Herrn
Erich Knapp
im Bundesvorstand
der Partei DIE GRÜNEN
Friedrich-Ebert-Allee 170
5300 Bonn 1

EINGEGANGEN
29. JULI 1981

Betrifft: Ihre Strafanzeige vom 15. April 1981
wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80 StGB)

Sehr geehrter Herr Knapp,

Ihre Strafanzeige vom 15. April 1981 habe ich geprüft. Diese Prüfung hat keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die von Ihnen beschuldigten Personen eine Straftat nach § 80 StGB begehen oder begangen haben (§ 152 Abs. 2 StPO). Die Vorbereitung eines Angriffskrieges i.S.d. § 80 StGB i.V.m. Art. 26 Abs. 1 GG setzt eine friedensgefährdende Absicht voraus, also zumindest den Vorsatz, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Es bestehen keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die von Ihnen beschuldigten Personen in solcher Absicht am Zustandekommen des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1979 mitgewirkt oder bei parlamentarischen Beratungen in solcher Absicht dem Beschluß zugestimmt haben. Ich habe deshalb keine Veranlassung gesehen, auf Ihre Strafanzeige hin ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

- 2 -

Im übrigen weise ich darauf hin, daß das Kommuniqué der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO vom 12. Dezember 1979 eindeutig erkennen läßt, daß der "Nachrüstungsbeschuß" in unmittelbarer und untrennbarer Verbindung mit der Forderung nach einer umfangreichen Rüstungskontrolle zu sehen ist, über die zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verhandelt werden soll. Diese Verbindung zwischen Nachrüstung und Rüstungskontrolle ist auf der Ministertagung der NATO am 4. und 5. Mai 1981 in Rom erneut betont worden (vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 18. Dezember 1979 Nr. 154 S. 1409 und vom 8. Mai 1981 Nr. 41 S. 354). Auch haben die Sprecher aller Fraktionen des 9. Deutschen Bundestages in dessen 38. Sitzung am 26. Mai 1981 übereinstimmend betont, daß der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen konsequent und zeitgerecht verwirklicht werden soll.

Hochachtungsvoll

(Handwritten Signature)

b) Die Entscheidung/Antwort des Generalbundesanwalts vom 24. Juli 1981

D2 Wieso war der äußere Erfolg des Doppelbeschlusses eine innere Niederlage?

Der Historiker Eckart Conze bewertet 2009 in der Rückschau die Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses:

1 *Der NATO-Doppelbeschluss, der die Handschrift Helmut Schmidts trug, war ein Erfolg für die Bundesregierung und für den Bundeskanzler persönlich. Die westliche Allianz hatte durch die Art und Weise, wie sie im Konsens auf eine sicherheitspolitische Herausforderung reagierte, an Stärke und Kohäsion gewonnen, wenn auch die langwierige Entscheidungs-*
5 *findung nicht ohne heftige Konflikte abgelaufen war. Aber der NATO war es in einer Situation internationalen Drucks gelungen, die asymmetrischen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten in ihren Beschlüssen weitgehend zu berücksichtigen und damit den Allianzzusammenhalt zu wahren. Für Helmut Schmidt und seine Regierung war der Doppelbeschluss freilich ein Pyrrhussieg [= ein Sieg, der eigentlich eine Niederlage ist]. Wenn das Ende der sozialliberalen Koalition 1982 auch in erster Linie durch den wirtschafts- und finanzpolitischen Dissens zwischen SPD und FDP besiegelt wurde, so führte der Doppelbeschluss doch in dem Sinne zum Ende der Kanzlerschaft Schmidts, als in der Stationierungsfrage die SPD ihrem Bundeskanzler die Gefolgschaft verweigerte, der dadurch in der Außen- und Sicherheitspolitik die Regierungsfähigkeit verlor. Die Umsetzung des Doppelbeschlusses wurde in der Bundesrepublik schließlich nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 von der christlich-*
10 *liberalen Regierung Kohl/Genscher durchgeführt.*

Aus: Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. Berlin (Siedler) 2009, S. 537.

D3 Sind die Wiedervereinigung 1989/90 und die Entstehung der GRÜNEN direkte Folgen der Außenpolitik Helmut Schmidts?

Der Historiker Magnus Koch befasst sich 2020 mit dem (späteren) Erfolg der Strategie Helmut Schmidts und den von diesem nicht beabsichtigten „Nebenwirkungen“:

1 *Die historische Forschung bewertet die Ereignisse um die Nuklearkrise demokratiepolitisch heute vor allem positiv. Die von Aktionsformen und sozialer Verankerung her vielfältige soziale Bewegung hat die Zivilgesellschaft der Bundesrepublik gestärkt und (allein wegen ihrer globalen Vernetzung) auch stärker an den „Westen“ und seine Werte gebunden – obwohl der vor allem anfangs starke Einfluss auf die Friedensbewegung von DDR und Sowjetunion im Allgemeinen und den „Krefelder Appell“ im Besonderen nachweisbar ist. Zudem hatte der Warschauer Pakt in der Tat bis zuletzt gehofft, so den NATO-Doppelbeschluss noch zu verhindern.*
5 *Dies ist nicht gelungen. Die NATO stationierte 1983 unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls und wie 1979 beschlossen die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Vier Jahre später schlossen die Sowjetunion und die USA den INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty), der die Verschrottung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa bedeutete. Helmut Schmidt sah sich durch diesen Vertragsschluss in seiner Position bestätigt. Bestärkt hat ihn darin der auf sowjetischer Seite maßgeblich verantwortliche Generalsekretär der sowjetischen KP Michail Gorbatschow. Ohne diesen seit Mitte des Jahrzehnts eingeleiteten neuerlichen Entspannungsprozess wäre wiederum die friedliche „Wende“ von 1989/90 vermutlich nicht zustande gekommen.*
10 *Zwar beruhte der Machtwechsel von 1982 in der Bundesrepublik [also die Abwahl Schmidts und der Regierungswechsel zu Helmut Kohl] nicht entscheidend auf den Ereignissen rund um die Nuklearkrise. Für die Menschen standen in Zeiten einer gleichzeitig schwelenden globalen Wirtschaftskrise ökonomische und soziale Themen im Vordergrund. Gleichwohl haben die harten Positionen Schmidts dazu beigetragen, dass sich links von der SPD mit den GRÜNEN eine neue, seit 1983 auch im Deutschen Bundestag vertretene politische Kraft etablierte. Das hatten die Sozialdemokraten seit 1945 immer verhindern wollen. Vertreter derjenigen, die nach dem „Krefelder Appell“ massenhaft auf die Straße gingen, saßen nun im Parlament – und immerhin dort, wo politische Willens-*
20 *bildung für Schmidt vor allem hingehörte.*

www.helmut-schmidt.de/aktuelles/detail/vor-40-jahren-der-krefelder-appell

IMPULSE

- ▶ Formuliert auf Grundlage des Texts mehrere Schlagzeilen, die etwa für eine große Zeitung genutzt werden könnten. Ein Beispiel wäre: „Der NATO-Doppelbeschluss: Schmidts größter Erfolg ist zugleich seine größte Niederlage!“
- ▶ Eckart Conze bezeichnet den NATO-Doppelbeschluss als „Pyrrhussieg“. Erläutert, warum der NATO-Doppelbeschluss als einer der größten Erfolge Helmut Schmidts bewertet wird, der gleichzeitig jedoch das Ende der Kanzlerschaft beschleunigte.

IMPULSE

- ▶ Liste die Ereignisse nach 1983 auf, die Magnus Koch im ersten Absatz nennt, und erkläre, warum diese als „Erfolg Schmidts“ bewertet werden.
- ▶ Erläutere, was der Autor mit seinem letzten Satz meint, und prüfe, ob Helmut Schmidt in diesem Sinne eher seiner Partei, der SPD, oder der Demokratie in Deutschland gedient hat.
- ▶ Diskutiere, ob ein weniger harter Kurs Helmut Schmidts die Entstehung der GRÜNEN und damit vielleicht auch den Regierungswechsel 1982/83 hätte verhindern können.
- ▶ Vergleiche die Zusammenfassungen und Bewertungen D2 und D3 miteinander: Welche Übereinstimmungen, welche Unterschiede gibt es?

Zum Einstieg



Michael Arning

Schutzmaßnahmen auf dem Weihnachtsmarkt vor dem Hamburg Rathaus, 21. Dezember 2018



alg-images, Lothar Heidtmann

Verteilung von Fahndungsaufrufen, Hamburg, 20. Oktober 1977

ALLE KAPITELBILDER



IMPULS

- Zwischen den beiden Alltagsfotos liegen mehr als 40 Jahre. Auf beiden geht es um die Bedrohung durch und den Schutz der Menschen vor Terrorismus. Beschreibt Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Bilder und sammelt Fragen zum Themenfeld „Terrorismus und unsere Gesellschaft“.

Herausforderung Terrorismus

Wie kann eine Demokratie verteidigt werden, ohne ihre Grundlagen zu zerstören?

WORUM GEHT'S?

Meldungen über Terroranschläge in aller Welt sind heute zur traurigen Gewohnheit geworden. Auch Deutschland ist immer wieder betroffen. Seit Ende der 1960er-Jahre rollte eine terroristische Welle über das Land, die in den Anschlägen der „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF) im Jahr 1977, im „Deutschen Herbst“, ihren Höhepunkt erreichte. Der Terror traf auf einen Bundeskanzler, der zum einen erprobter Krisenmanager war und zum anderen für eine offene und demokratische Gesellschaft stand. Für Helmut Schmidt wurde 1977 zu einer besonderen Bewährungsprobe: Wie kann Terrorismus bekämpft werden, ohne mit den Maßnahmen genau die demokratischen Grundlagen des Staats zu zerstören, die eigentlich verteidigt werden sollten? Darf sich der Staat erpressen lassen, um einzelne Menschenleben zu retten? Sind islamistische, links-extremistische und rechtsextremistische Terrortaten gleich zu bewerten oder sollten sie unterschiedlich behandelt werden?

Bei terroristischen Anschlägen muss der Staat reagieren, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Dieser Schutz ist oft mit Eingriffen in die Grundrechte verbunden, wie der Schutz persönlicher Daten, der Meinungs- und Pressefreiheit, der Berufs- und Versammlungsfreiheit und vieles mehr. Die zunehmende Digitalisierung verschärft dieses Problem, denn mit „einem Klick“ könnten hochvertrauliche Daten abgerufen werden.

Immer wieder geht es so um die Frage, ob Behörden Nachrichten von Menschen mitlesen dürfen. Bereits 1977, als der Terror der RAF seinen Höhepunkt erreichte, musste sich Bundeskanzler Helmut Schmidt diese und weitere fundamentale Fragen stellen. Aus heutiger Sicht lohnt es sich, zu schauen, wie damals diskutiert, entschieden und gehandelt wurde.

D1 Die Vorgeschichte: Wie kam es zum RAF-Terrorismus?



WARUM WURDEN 1968 DIE NOTSTANDSGESETZE BESCHLOSSEN?

Als die Bundesrepublik Deutschland 1955 souverän (unabhängig) wurde, behielten sich die ehemaligen Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich das Recht vor, bei einer Gefährdung der Demokratie einzugreifen. Dieses Recht sollte erst nach einer Ergänzung des Grundgesetzes um Notstandsgesetze erlöschen, die bei einer Notlage durch Naturkatastrophen, innere Unruhen oder Kriege ein schnelles und energisches Regierungshandeln ermöglichen. Erst die Große Koalition machte sich 1966 daran, diese Gesetze auch tatsächlich zu formulieren. Jedoch war damit die Möglichkeit zur Einschränkung von parlamentarischer Demokratie und individuellen Grundrechten gegeben – nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur und dem Beispiel der DDR waren dies umstrittene Regelungen.

Zur weiteren Recherche: www.hdg.de/lemo
(Stichwort: Notstandsgesetze)



WAS WAR DIE „AUSSER-PARLAMENTARISCHE OPPOSITION“ (APO)?

Seit Mitte der 1960er-Jahre entwickelte sich – ausgehend von Forderungen nach einer Reform der Hochschulen – eine studentische Protestbewegung. Diese wurde zu einer Revolte von Studierenden, die in den Zusammenhang weltweiter Proteste gegen den Vietnamkrieg und der Kritik am westlichen Wirtschaftssystem stand. In der Bundesrepublik wurde die Bewegung zum Fundament der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO). Mit Demonstrationen und Blockaden verliehen die Protestierenden ihrer Forderung nach Umgestaltung der Gesellschaft Nachdruck. Grundlage ihrer Kritik war der wiederentdeckte Marxismus: Wirtschaft und Gesellschaft sollten nach den Theorien von Karl Marx im kommunistischen Sinne umgestaltet werden. Aus der Perspektive der APO stand die Bundesrepublik Deutschland immer noch in der Tradition nationalsozialistischen Denkens. Insbesondere habe es keine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gegeben. Vorbilder der Bewegung waren vor allem Rosa Luxemburg, Mao Tse-tung und Che Guevara als Verfechter eines „revolutionären Kampfs“.

Vgl. dazu: Hinz-Wessels, Annette/Haunhorst, Regina: Studentenbewegung und APO, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, URL: www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-modernisierung/bundesrepublik-im-wandel/studentenbewegung-und-apo.html

Zur weiteren Recherche: www.hdg.de/lemo
(Stichwort: Studentenbewegung und APO)

1 Regierungsmacht einer „Großen Koalition“

Zwischen 1966 und 1969 gab es in der Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal eine „Große Koalition“. Die Regierung aus CDU/CSU und SPD vereinte 469 der 518 Bundestagsmandate hinter sich. Die Opposition bestand nur aus den 49 Abgeordneten der FDP. In einer parlamentarischen Demokratie erfüllt die Opposition eine wichtige Aufgabe: Da sie oft andere Positionen als die Regierung vertritt, kontrolliert sie deren Arbeit und macht für Probleme alternative Lösungsvorschläge. In der Zeit der ersten Großen Koalition fragten viele Menschen, ob diese Kontrolle in einer solchen Zusammensetzung überhaupt noch funktionieren kann. Als das Parlament 1968 die „Notstandsgesetze“* beschloss, sahen immer mehr Menschen die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik bedroht.

Außerparlamentarische Opposition und 68er-Bewegung

Solche Bedenken trugen zur Entstehung der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO)* bei: ein loser Zusammenschluss aus Intellektuellen, Studierenden und Teilen der Gewerkschaften. Die APO warnte vor einem autoritären Staat und – gerade 20 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur – vor einem Wiedererstarken rechtsradikaler Parteien.

Als im Mai 1968 die Notstandsgesetze trotz breiter Proteste verabschiedet wurden, schien die APO ihren Kampf verloren zu haben. Aber die ab 1969 regierende Koalition aus SPD und FDP wollte „mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt) und mit der CDU/CSU stand im Bundestag eine starke Opposition bereit. Teile der APO gingen in der „68er-Bewegung“ auf. Deren Anhängerinnen und Anhänger protestierten in der Bundesrepublik und einigen anderen Staaten gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.

Ein Schlüsselereignis dieser Bewegung war der Tod des Studenten Benno Ohnesorg, der 1967 bei einer Demonstration in Berlin von einem Polizisten erschossen wurde. Es kam bundesweit zu Demonstrationen und gewaltsamen Ausschreitungen. Dazu gehörte die Belagerung von Zeitungsredaktionen und -druckereien, insbesondere des Axel-Springer-Verlags. Die Protestierenden warfen den Medien des Verlags vor, eine „Hetzkampagne“ gegen die Bewegung zu führen, und sahen darin deren Mitschuld am Tod Ohnesorgs. Viele von ihnen lehnten die parlamentarische Demokratie und das kapitalistische Wirtschaftssystem ab. Stattdessen wurden marxistisch-kommunistische* Denkmodelle für eine neue Staats- und Wirtschaftsordnung bevorzugt (siehe Erklärkasten).

Nicht bekannt war 1967, dass der Polizist Karl-Heinz Kurras, der Ohnesorg hinterrücks erschossen hatte, ein Mitglied der SED und Spitzel der Staatssicherheit der DDR war. Aber auch die 1967 bereits bekannten Indizien dafür, dass Kurras Ohnesorg nicht in Notwehr erschossen hatte, führten nicht zu einer Verurteilung von Kurras.

40 Mit Gewalt gegen den Staat?

Die große Mehrheit der protestierenden Studierenden blieb friedlich, aber kleine Gruppen radikalisierten sich. Um den gesellschaftlichen Umsturz zu erreichen, setzten sie auch gewaltsame Mittel ein. Mit der „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF) bildete sich eine Gruppe von Terroristen und Terroristinnen, die aus dem Untergrund operierte. Sie finanzierte sich durch Banküberfälle und verübte gezielt Mordanschläge auf Vertreter von Politik und Wirtschaft. So sollte die Bevölkerung „aufgerüttelt“ und eine marxistische Revolution ausgelöst werden. Die Öffentlichkeit reagierte gespalten: Während die große Mehrheit entschieden gegen die Terroristen und Terroristinnen vorgehen wollte, gab es unter den Angehörigen der 68er-Bewegung auch „Sympathisanten“, die zwar für sich persönlich terroristische Gewalt ablehnten, aber für die Ziele der Terrorgruppe durchaus Verständnis zeigten. Im Bereich der veröffentlichten Meinung zeigten sich die eher „verständnisvolleren“ Positionen vor allem in Fernsehen und Rundfunk präsent, bei der Mehrzahl der gedruckten Zeitungen fand sich demgegenüber eher eine „harte Linie“ wieder.

55 Wie stabil ist die Demokratie? Das Entscheidungsjahr 1977

Die Terroranschläge der RAF erreichten 1977 ihren traurigen Höhepunkt: Zunächst wurden der Generalbundesanwalt Siegfried Buback und der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank Jürgen Ponto ermordet. Am 5. September entführte die RAF dann den Präsidenten der Arbeitgeberverbände Hanns Martin Schleyer. Seine vier Begleiter (Po-



WAS WAR DIE „ROTE-ARMEE-FRAKTION“ (RAF)?

Einige Wurzeln des Linksterrorismus in der Bundesrepublik reichen bis zu den Studentenunruhen 1968/69 zurück: „Gewalt gegen Sachen“ wurde von extremistischen Gruppen als gerechtfertigtes Mittel zur Veränderung von Staat und Gesellschaft angesehen. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof bauten im Untergrund die RAF auf. Diese operierte nach südamerikanischem Vorbild als „Stadtguerilla“. Ihre Angehörigen lebten unter falschem Namen in den Großstädten, nutzten Netzwerke von Unterstützenden, überfielen zur Finanzierung Banken und verübten Anschläge. Zunächst beschränkte man sich auf Gewalt gegen Gebäude, dann kamen Entführungen hinzu; Todesopfer wurden in Kauf genommen. Schließlich begingen Mitglieder der RAF gezielte Mordanschläge. Der Staat sollte damit zu scharfen Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung gezwungen werden. Diese sollte dann gegen die „Unterdrückung“ rebellieren und eine Revolution auslösen. Mit der Verhaftung aller führenden Köpfe der RAF durch die Polizei 1972 übernahm eine „zweite Generation“ der RAF. Anschläge und Geiselnahmen gingen weiter und erreichten 1977 ihren blutigen Höhepunkt.

Zur weiteren Recherche: www.hdg.de/lemo (Stichwort: RAF)

lizisten und Fahrer) wurden dabei ermordet. Für die Freilassung von Schleyer verlangten die Terroristen die Freilassung inhaftierter beziehungsweise verurteilter Terroristinnen und Terroristen. Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt weigerte sich, den Forderungen nachzukommen. Am 13. Oktober entführte eine palästinensische Terrorgruppe eine Lufthansa-Maschine mit 91 Menschen an Bord und schloss sich den Forderungen der RAF an. Weiterhin lehnte es Helmut Schmidt ab, sich erpressen zu lassen. Die Bundesregierung riskierte schließlich, das entführte Flugzeug durch eine Spezialeinheit stürmen zu lassen. Obwohl die Terroristen die Sprengung des Flugzeugs vorbereitet hatten, gelang es, alle Personen an Bord unverletzt zu befreien. Allerdings war der Pilot Jürgen Schumann bereits vorher von den Terroristen in einer Art „Hinrichtung“ erschossen worden. Die Erstürmung des Flugzeugs veranlasste die in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim einsitzenden Angehörigen der RAF der „ersten Generation“ – mit Waffen, die ihre Anwälte eingeschmuggelt hatten, sich das Leben zu nehmen. Beide Ereignisse bedeuteten das Todesurteil für Hanns Martin Schleyer: Die Entführer wussten nun, dass die Bundesregierung nicht nachgeben würde. So ermordeten sie Schleyer nach wochenlanger Geiselhaft.

Die Ereignisse des Jahres 1977 waren ein Wendepunkt: Die große Mehrheit der Bevölkerung unterstützte den klaren Kurs der Bundesregierung gegen die terroristischen Erpressungen – nur eine kleine Minderheit sympathisierte noch mit der RAF und warnte vor einem „Polizeistaat“. Bilanzierend betrachtet erwies sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik als stabil; die Notstandsgesetze von 1968 etwa mussten nicht angewendet werden, die Meinungsfreiheit wurde nicht eingeschränkt. Aber die damals viel diskutierte Frage, in welchen Situationen eine Regierung die Grundrechte der Bevölkerung einschränken darf, um die Sicherheit von Staat und Bevölkerung zu gewährleisten, ist bis heute aktuell geblieben.

IMPULSE

- ▶ Stellt die einzelnen Schritte zusammen, die in wenigen Jahren von Teilen der APO zur RAF geführt haben.
- ▶ In der Wissenschaft wird zwischen Meinungen innerhalb der Bevölkerung und der „veröffentlichten Meinung“ (z. B. durch das Fernsehen, in Zeitungen oder über Twitter) unterschieden. Erklärt Gemeinsamkeiten und Unterschiede.
- ▶ Überlegt, was Regierung, Parlament und Medien, was aber auch die APO hätten tun können, um nach dem Tod Benno Ohnesorgs die Eskalation zu bremsen.
- ▶ Erklärt, warum das Jahr 1977 zu einem „Entscheidungsjahr“ für Helmut Schmidt wurde.

Welches Problem ergibt sich daraus für einen Regierungschef, der bestimmte Entscheidungen treffen muss?

Q1



AUFGABE

- ▶ Zwischen den beiden SPIEGEL-Titelseiten liegen fast 25 Jahre. Beschreibt die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede. Diskutiert, ob und gegebenenfalls inwiefern die beiden terroristischen Aktionen vergleichbar sind.

links: DER SPIEGEL Nr. 38, 12. September 1977
rechts: DER SPIEGEL Nr. 38, 15. September 2001

Q2 Welche Position vertrat die RAF?

Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL veröffentlichte am 20. Januar 1975 dieses schriftlich geführte Gespräch mit den RAF-Mitgliedern Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe, die in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim auf ihren Prozess warteten.

Frage der SPIEGEL-Redaktion:

- 1 *Der von der RAF geplante ‚Volkskrieg‘ ist im Bewusstsein des Volkes – so scheint es – ein Krieg gegen das Volk geworden. [Der Schriftsteller Heinrich] Böll sprach einmal von den 6 gegen 60 Millionen.*
- 5 **Antwort:** *Das ist imperialistisches Wunschdenken. So hat die ‚Bild‘-Zeitung 1972 den Begriff Volkskrieg in ‚Krieg gegen das Volk‘ umgedreht. Wenn Sie die ‚Bild‘-Zeitung für die Stimme des Volkes halten ... wir teilen Bölls Massenverachtung nicht, denn die Nato, die multinationalen Konzerne, der Staatsschutz [z. B. der Verfassungsschutz oder andere Geheimdienste], die 127 US-Militärbasen in der Bundesrepublik, Dow-Chemical, IBM, General Motors [Konzerne, die 1977 sehr groß waren], die Polizei, der BGS [Bundesgrenzschutz] sind nicht das Volk – und daß [...] der imperialistische Staat das Gemeinwohl verkörpere – eben das dem Bewusstsein des Volkes einzuhämmern, ist Sache der ‚Bild‘-Zeitung, des SPIEGEL, der Psychokriegsführung des Staatsschutzes gegen das Volk, gegen uns. [... Wir glauben,] daß im Kampf gegen die imperialistischen Machtstruktur das Volk langfristig seine Sache finden wird, sich aus dem Griff der Gehirnwäsche durch die Medien lösen wird.*

IMPULSE

- ▶ Analysiert, welche Wahrnehmung die RAF-Terroristen von der Bundesrepublik Deutschland und deren Medien hatten.
- ▶ Erklärt, was mit der Formulierung „das Volk aus dem Griff der Gehirnwäsche durch die Medien lösen“ gemeint sein könnte. Prüft, inwiefern das Verhalten der RAF geeignet war, dieses Ziel zu erreichen.
- ▶ „Shitstorms“, „Fake News“ und andere Medienkampagnen gehören heute zum Alltag. Diskutiert, welche Möglichkeiten es heute geben kann, wenn einzelne Personen, Unternehmen oder der Staat gegen entsprechende Entwicklungen vorgehen wollen.

Q3 Wie argumentierte die Bundesregierung?

Während der Entführung Hanns Martin Schleyers äußerte Bundeskanzler Helmut Schmidt sich am 15. September 1977 im Deutschen Bundestag:

- 1 *Uns erreichen vielerlei Ratschläge, [...] bis hin zu dem Vorschlag von Repressionen und Repressalien, die sich gegen das Leben einsitzender Terroristen richten. Ich will dem Bundestag dazu meine Überzeugung nicht verhehlen, androhen kann man nur, was man auch tatsächlich ausführen will, und was man tatsächlich ausführen darf, Drohungen mit*
- 5 *Schritten, die unsere Verfassung brechen würden, sind deshalb untauglich. Sie halten sich für eine ausgewählte kleine Elite, welche ausersehen sei, so schreiben sie, die Massen zu befreien. Sie irren sich: Die Massen stehen gegen sie!*

IMPULS

- ▶ Arbeitet aus der Antwort Q2 heraus, was für die RAF-Terroristen ein „Volkskrieg“ war und gegen wen sich dieser richtete. Beurteilt vor diesem Hintergrund die Aussage von Helmut Schmidt aus Q3.

Quelle: www.dserver.bundestag.de/btp/08/08042.pdf#P.3164

Q4 Die Entführung Hanns Martin Schleyers



picture alliance

IMPULSE

- ▶ Das Foto zeigt die beiden zerstörten Fahrzeuge sowie einen der erschossenen Sicherheitsbegleiter. Beschreibt mit Hilfe des Bilds vom Tatort die Teile des Vorgehens der RAF, deren Folgen hier zu erkennen sind (Q4). Informiert euch über die genauen Details der Entführung, beispielsweise im Artikel zum „Deutschen Herbst“ auf der Internetseite „LeMO“ (www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-krise-management/link-terrorismus-rote-armee-fraktion/deutscher-herbst.html)
- ▶ Diskutiert, welche Reaktionen und Gefühle das Vorgehen der RAF bei Zeitungslesenden und Fernsehpublikum ausgelöst haben könnte.
- ▶ Überlegt, wie heute über Terroranschläge berichtet wird und aus welchen Quellen sich die Menschen informieren. Diskutiert, ob sich Reaktionen und Gefühle durch die neuen Möglichkeiten, „im Internet hautnah dabei zu sein“, geändert haben.

Q5 Müssen demokratische Rechte eingeschränkt werden?

Nach der Schleyer-Entführung entschied sich Helmut Schmidt, einen „Großen Politischen Beratungskreis“ zu gründen. Hier sollte auf breiter politischer Grundlage diskutiert werden. Daher wurden die Fraktionsvorsitzenden aus dem Bundestag, auch die der Opposition sowie Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer eingeladen. In diesem Kreis wurde auch der hier abgedruckte Vorschlag nach Ausrufung eines „Kriegszustands“ diskutiert. Das grüne „Nein“ stammt von Schmidt selbst.

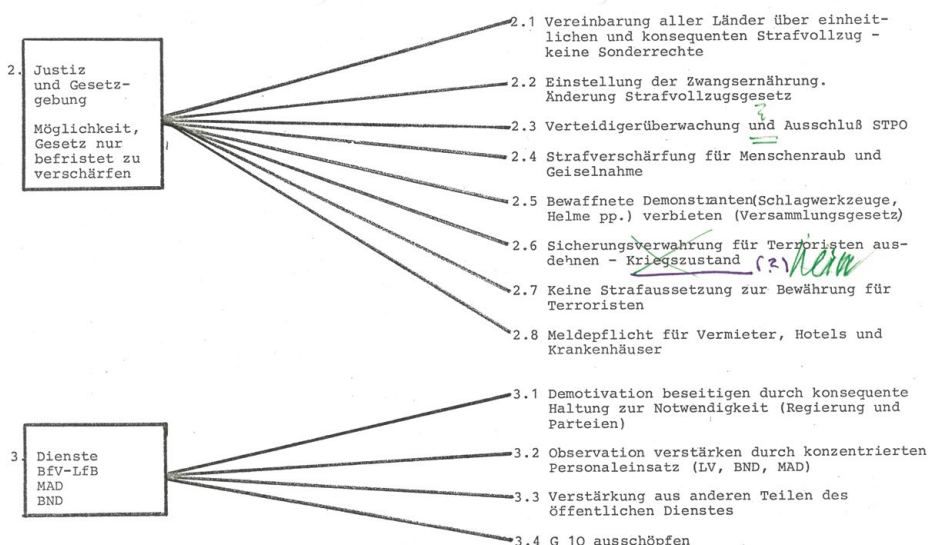
Hinweise zu Q5:

- STPO (2.3): Strafprozessordnung. Nach der STPO werden Ermittlungs- und Gerichtsverfahren geführt, hier werden auch die Rechte z. B. von Beschuldigten, Angeklagten oder Untersuchungshäftlingen geregelt.
- Ein „Kriegszustand“ (2.6) bezeichnet einen Ausnahmefall, in dem bestehende Rechte aufgehoben werden; hier z. B. für mögliche Terroristen, die ohne Verurteilung inhaftiert werden könnten.

IMPULSE

- ▶ Sammelt zu den einzelnen Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden, mögliche Begründungen. Bedenkt auch Nachteile und Nebenwirkungen.
- ▶ Überlegt, welche Gründe der Bundeskanzler für sein entschiedenes „Nein“ gehabt haben könnte. Bezieht dabei auch seine möglichen Erfahrungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und im Zweiten Weltkrieg ein.

Helmut Schmidt-Archiv



Q6 Darf sich der Staat erpressen lassen?

IMPULSE

- ▶ Überlegt, in welcher Zwangslage sich Helmut Schmidt befand, als Hanns Martin Schleyer entführt worden war und er als Bundeskanzler über Leben und Tod entscheiden musste (Foto a).
- ▶ Beschreibt das Foto und den SPIEGEL-Titel. Beurteilt, wie die Terroristen ihre Entführung darstellen und was die SPIEGEL-Redaktion aus einem der Fotos gemacht hat (Foto b und Q1 oben).
- ▶ Fasst zusammen, wie Bundeskanzler Schmidt seine Entscheidung, die den Tod Schleyers mit sich brachten, gegenüber der Witve in seinem Schreiben anspricht. Bewertet sein Schreiben aus Eurer heutigen Perspektive (Abbildung c).

Bundesregierung, Ludwig Wiegmann



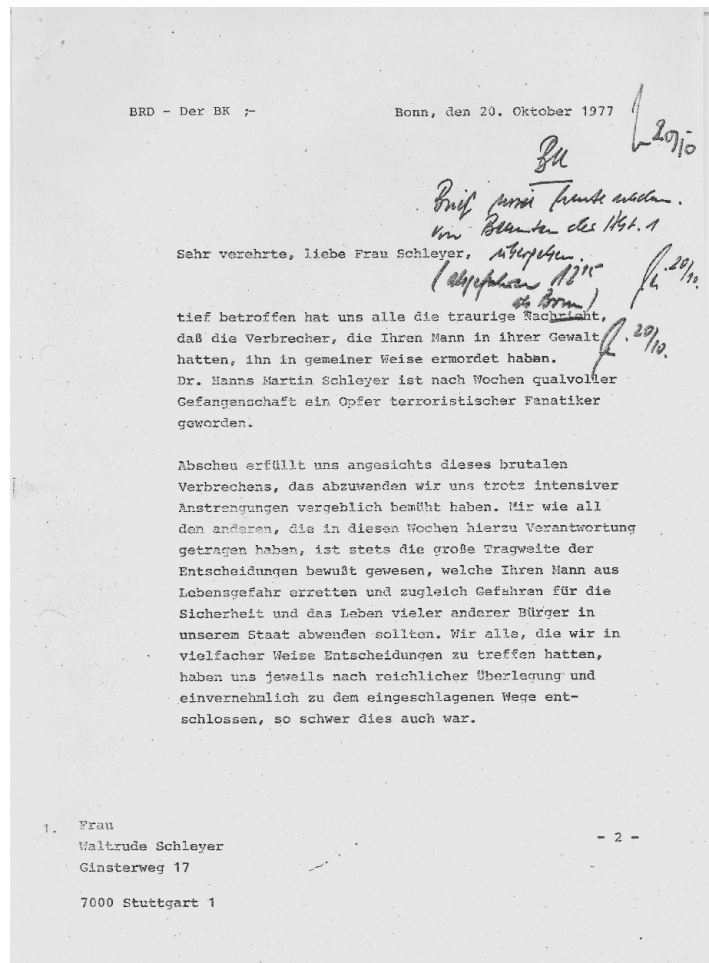
a) Helmut Schmidt und Hanns Martin Schleyer im Regierungsflugzeug, 1976

picture alliance / dpa, UPI



b) Foto des entführten Hanns Martin Schleyer, von den Terroristen aufgenommen und der Pariser Zeitung „Libération“ zur Veröffentlichung zugesandt.

Helmut Schmidt-Archiv



c) Entwurf des Beileidsschreibens des Bundeskanzlers an die Witve Schleyers

Q7 „Wir besiegen die Terroristen!“
 (Schlagzeile der BILD-Zeitung vom 16. September 1977)

IMPULS

- ▶ Untersucht die Titelseite unter der Frage, welche Haltung die Zeitungsredaktion bezüglich der Forderungen der RAF einnahm. Prüft mithilfe der Anzeigen, welche Leserschaft die Zeitung wahrscheinlich hatte.

2-Phasen-Schnellreiniger Kukident
 Mit Vorrichtung und Hauptreinigung Das ist Gründlichkeit

Unsere schönste 27:4-Fußball-Nacht

Braun sixtant 8008
 Der millionenfach bewährte Braun

Bild
 UNABHÄNGIG-ÜBERPARTeilICH

Kanzler Helmut Schmidt

Wir besiegen die Terroristen!

„Noch nie gab es bei uns soviel Freiheit, soviel Rechte, soviel soziale Sicherheit. Wir lassen uns das von Mördern nicht kaputtmachen!“

Nachrichten
 Herzstest mit Scholl
 Witwo King zur UNO
 Kobalt-Spende
 Wetter: Gemischt
 Unser TV-Tip

Europa-Rakete: War's Sabotage!

„Terroristen – das ist wie mit Rattennestern“

Heute wieder ein Auto zu gewinnen!

„Carolines Ehe wird unglücklich“

vivimed N
 Das Kopfschmerzmittel mit dem Nervenschutz-Vitamin B₁₂

PEER 100
 Genetisch länger – genetisch höher

Axel Springer-Syndication

Die Schlagzeile bezieht sich auf eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 15. September 1977. In dieser betonte Helmut Schmidt, dass die Regierung alle Mittel des Rechtsstaats zur Bekämpfung des Terrorismus ausschöpfen, diesen Rahmen aber nicht verlassen werde. Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer war am 5. September entführt worden.

Q8 Ein bedeutungsloser Tod?

IMPULSE

- ▶ Vergleicht die Argumentation der Terroristen mit derjenigen der unten folgenden Regierungserklärung. Achtet dabei besonders auf die Sprache.
- ▶ Verfasset einen 1977 geschriebenen Leserbrief eines echten „68ers“, der mit der APO sympathisiert hat und sich angesichts des Schreibens der RAF nun endgültig abwendet.

- 1 Wir haben nach 43 Tagen Hanns Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet. Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulierte, kann ihn in der Rue Charles Péguy in Mülhausen in einem grünen Audi 100 mit Bad Homburger Kennzeichen abholen. Für unseren Schmerz und unsere Wut über die
- 5 Massaker von Mogadischu und Stammheim ist sein Tod bedeutungslos ...

Zitiert nach: www.hdg.de/lemo/jahreschronik/1977.html

Q9 Kann Terrorismus die Grundlagen der Demokratie zerstören?

Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt vom 20. Oktober 1977:

1 Vielmehr war von Anfang an klar - das galt für unsere Bemühungen um das Leben und
die Freiheit Dr. Schleyers, für die Rettung der 87 Geiseln im Flugzeug, und es gilt für zu-
künftig denkbare Fälle -, daß die Erfüllung jedes einzelnen dieser drei Orientierungs-
5 punkte [(1) das Leben Schleyers und der Geiseln zu retten, (2) die dafür Verantwortlichen
vor Gericht zu stellen und (3) keinen Rechtsbruch durch die Freilassung von Terroristen
im Austausch gegen Geiseln zu begehen und damit das Vertrauen der Menschen auf
Schutz durch ihren Staat zu gefährden] nach menschlicher Voraussicht die Erfüllung der
übrigen Maximen einschränken oder gar gefährden mußte.
In dieser unausweichlichen Gewißheit hatten wir unsere Entscheidungen zu treffen. Un-
10 ausweichlich befanden wir uns damit im Bereich von Schuld und Versäumnis. Es ist uns
gelingen, die Passagiere und die vier der fünf Besatzungsmitglieder der entführten Luft-
hansa-Maschine aus der Gewalt von vernichtungswilligen Verbrechern zu befreien und
ihr Leben zu retten. Es ist uns nicht gelungen, die Morde in Karlsruhe, in Oberursel, in
15 Köln, den Mord an Bord des Lufthansa-Flugzeuges und den in Mülhausen im Elsaß of-
fenbar gewordenen Mord zu verhindern. [...] Die elf Gefangenen, die in erster Instanz
wegen Mordes verurteilt wurden oder nach Richterspruch des Mordes dringend verdäch-
tigt sind und zu deren Freilassung die zuständigen Landesregierungen erpreßt werden
sollten, haben wir nicht ausgeliefert. Ihnen liegen die Tötung von 13 Menschen und wei-
20 tere 43 Mordversuche zur Last.
[...] Der Terrorismus ist keineswegs tot, weder in Deutschland noch irgendwo auf der
Welt. Die Bundesregierung und alle Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundesta-
ges werden - dessen bin ich gewiß - angesichts der gegenwärtigen schweren Belastung
alles tun, um die Fähigkeit des Staates zu wahren, daß er seine Bürger schützen kann.
Wir werden dabei, wie gestern und heute, so auch morgen den Befehlen des Grundgesetz-
25 zes gehorchen [... und] auch in Situationen größter Belastung die vom Gesetz gesetzten
Grenzen zu achten und zu wahren [wissen], und das heißt: rechtsstaatlich zu handeln. [...] Ich
sage vor allem den jungen Menschen, daß Demokratie nicht allein aus dem Prinzip
der Bildung von Mehrheiten besteht. Ihre, letztlich existentielle, Begründung findet De-
mokratie in der Humanisierung der Politik, das heißt in der Humanisierung des unver-
30 meidlichen Umgangs mit der Macht. Indem die demokratische Verfassung von der Wür-
de des Menschen ausgeht und nicht nur dem Staat, sondern auch dem einzelnen
verbietet, mit der Existenz und der Würde des Menschen nach Belieben und Willkür zu
verfahren, schreibt sie uns allen die Grenzen unseres Handelns vor.
Zum Schluß, meine Damen und Herren: Wer weiß, daß er so oder so, trotz allen Bemü-
35 hens, mit Versäumnis und Schuld belastet sein wird, wie immer er handelt, der wird von
sich selbst nicht sagen wollen, er habe alles getan und alles sei richtig gewesen. Er wird
nicht versuchen, Schuld und Versäumnis den anderen zuzuschreiben; denn er weiß: Die
anderen stehen vor der gleichen unausweichlichen Verstrickung. Wohl aber wird er sa-
gen dürfen: Dieses und dieses haben wir entschieden, jenes und jenes haben wir aus
40 diesen oder jenen Gründen unterlassen. Alles dies haben wir zu verantworten. Die Bun-
desregierung wird noch Gelegenheit nehmen, alle ihre Entscheidungen, ihre Gründe -
auch ihre Zweifel - öffentlich darzulegen. Zu dieser Verantwortung stehen wir auch in
Zukunft. Gott helfe uns!
(Anhaltender lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 50. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 20. Oktober 1977, S. 3756-3757. Zitiert nach: www.dip21.bundestag.de/dip21/btp/08/08050.pdf | #Audioausschnitt aus der Regierungserklärung

IMPULSE

- ▶ Zeigt auf, wie Helmut Schmidt sein Handeln während der Krise begründete. Arbeitet dabei heraus, auf welche Grundsätze er das Handeln der Bundesregierung stützte. Erstellt dazu eine Mindmap oder ein anderes strukturiertes Bild.
- ▶ Skizziert zwei mögliche Kommentare zur Regierungserklärung Schmidts, die 1977 verfasst wurden: einen unterstützenden und einen eher kritischen. Argumentiert in den Kommentaren mit Begründungen für eure Positionen.



Q10 Straßenkontrolle durch bayrische Polizei und Menschen vor dem Bundeskanzleramt (1977)

GSG 9: Sondereinheit des Bundesgrenzschutzes (= Polizei des Bundes), die zur Terrorismusbekämpfung aufgestellt worden war und 1977 die Geiseln aus der entführten Lufthansa-Maschine befreite.

IMPULS

- Beschreibt die beiden Fotografien. Stellt Überlegungen an, wie die breite Bevölkerung die Maßnahmen des Staats wahrnahm und wie sich darüber etwas herausfinden lässt.

links: picture alliance / dpa, Hartmut Reeh, rechts: J. H. Darchinger, Friedrich-Ebert-Stiftung



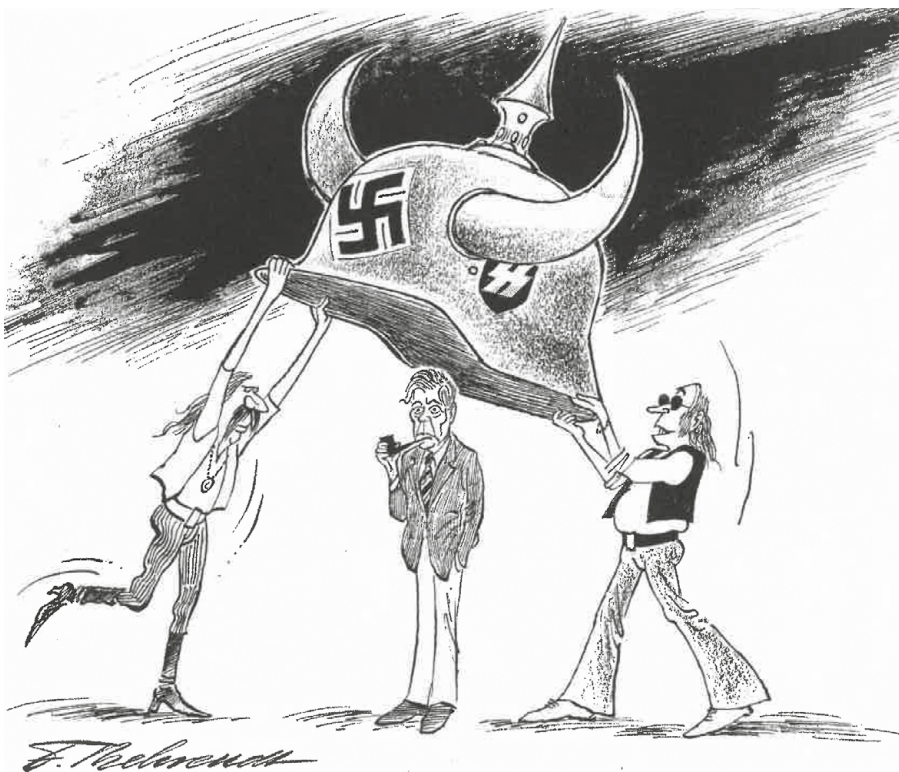
Q11 Eine Überreaktion des Staats?

Die Reaktionen der Bundesregierung gegenüber dem RAF-Terror wurden von bestimmten politischen Gruppen als zu scharf und überzogen kritisiert. Eine Karikatur von 1977 greift diese Kritik auf und bezieht klar Position.

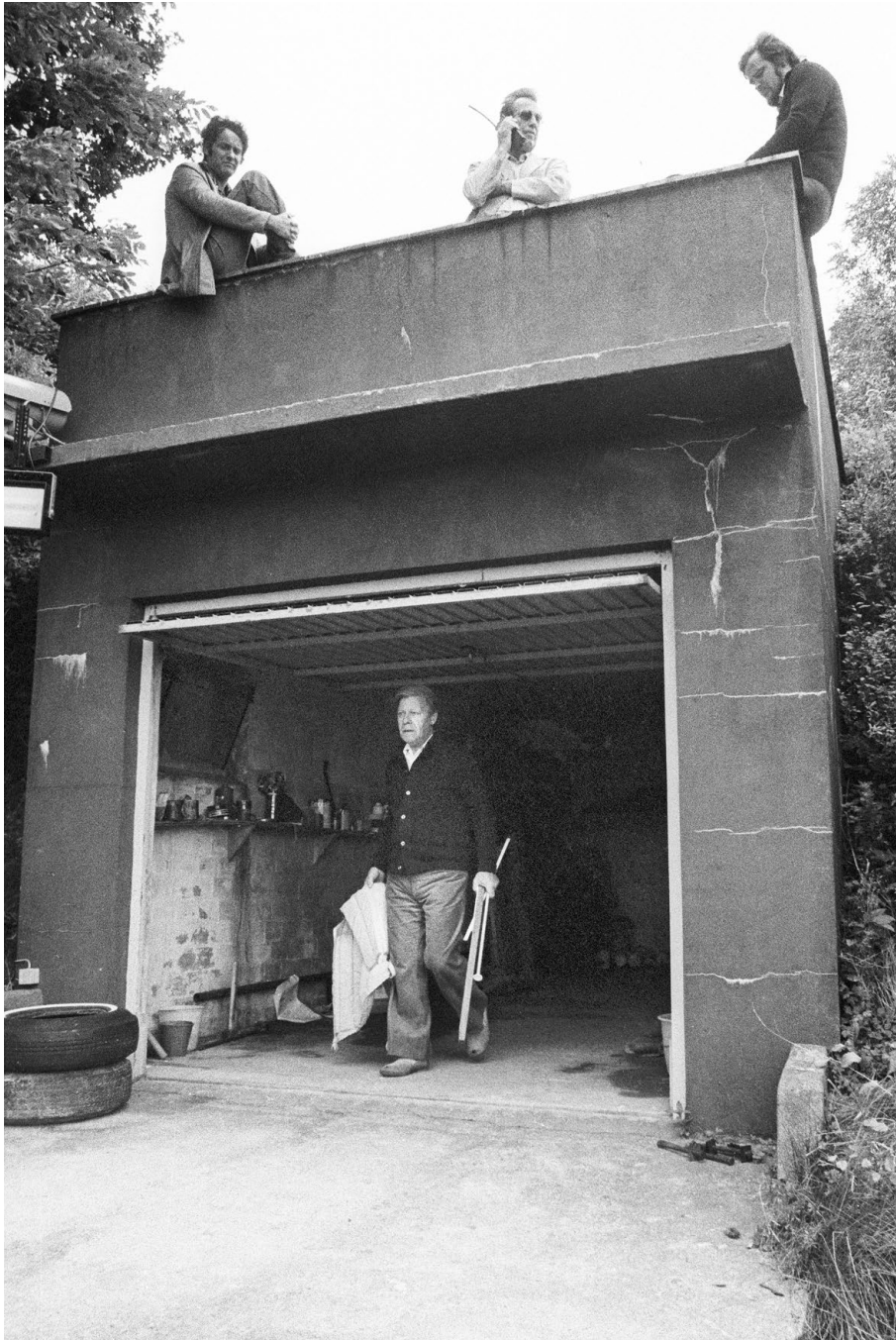
IMPULS

- Beschreibt und deutet die Karikatur vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 1977. Wer steht rechts und links von Schmidt und wofür steht der Helm?

Helmut Schmidt in Karikaturen. Eine visuelle Geschichte seiner Kanzlerschaft. Karikaturen von Fritz Behrendt, Schwalbach/Ts, 2016, S. 124.



Q12 Ein unbeschwertes Wochenende?



Jan Köhler-Kaeß

IMPULSE

- ▶ Untersucht die Fotografie und schreibt eine kurze Erklärung: Warum saßen drei Männer auf der Garage und was tat der Bundeskanzler?
- ▶ Findet heraus, welches Bild Schmidts hier für die Öffentlichkeit vermittelt wurde.

D2 Kann eine Demokratie emotionale Akzeptanz gewinnen?

Der Historiker Eckart Conze bewertet 2009 in der Rückschau die Bedeutung der Herausforderung durch den RAF-Terrorismus:

- 1 *Fast genau 30 Jahre waren seit dem Brandanschlag auf die Frankfurter Kaufhäuser vergangen, drei Jahrzehnte, in denen die RAF eine Blutspur in der Geschichte der Bundesrepublik hinterließ. 34 Menschen hat sie ermordet, unzählige verletzt. Die Bundesrepublik hat die terroristische Herausforderung bestanden, ja, sie ist gestärkt aus ihr hervorgegangen. Es gelang den Terroristen nicht, das „System“ Bundesrepublik, wie man es im Nazi-Jargon nannte, zu zerstören, nicht einmal ernsthaft zu erschüttern. Die Massen konnten die Gewalttäter nicht mobilisieren und ebenso wenig einen „faschistischen Polizeistaat“ vorführen. 1977, als der terroristische Druck am größten war, was man nicht nur in den Bonner Krisenstäben, sondern überall in der Republik spüren konnte, wichen die politisch Verantwortlichen nicht zurück. Mit ihren Maßnahmen zur Bekämpfung des*

11 *Terrors gingen sie bis an die Grenze dessen, was der freiheitliche Rechtsstaat zuließ. Doch sie gaben ihn keinen Augenblick preis. Im Griff des Terrors gewann die Demokratie der Bundesrepublik in der Bevölkerung eine emotionale Akzeptanz, die sie bis dahin nicht gehabt hatte. Die terroristische Herausforderung gemeistert zu haben, wirkte in*
15 *der westdeutschen Gesellschaft identitätsstiftend. So erreichten die Terroristen das Gegenteil dessen, was sie bewirken wollten.*

Aus: Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. Berlin (Siedler) 2009, S. 485.

IMPULS

- ▶ Arbeitet heraus, was Conze mit „emotionaler Akzeptanz“ meint. Prüft dann, welche Rolle Bundeskanzler Schmidt dabei gespielt hat. Bezieht dabei die Frage ein, ob es auch ein anderes Ergebnis hätte geben können. (D2)

D3 Gab es einen Ausweg ohne Makel und Schuldhaftigkeit?

Der Journalist Gunter Hofmann bewertet das Verhalten Schmidts während der Schleyer-Entführung im Jahr 2015:

1 *Nach nichts anderem wurde Schmidt ähnlich häufig gefragt wie nach diesem Drama [der Schleyer-Entführung und deren Folgen 1977]. Geduldig erklärte er stets seine Haltung von damals: Er verteidigte sich nicht, er war sich sicher, am Ende richtig entschieden zu haben. Aber – er hatte Schleyers Tod nicht verhindert. Als er im April 2013 von*
5 *einem Sohn Schleyers den Hanns Martin Schleyer-Preis erhielt, zeigte er sich ähnlich gefasst, berührt, aufgewühlt, aber sicher wie 1977 beim Staatsakt für den Ermordeten. Dass die Familie Versöhnung suchte und ihm den Preis zusprach, ging dem alten Herrn sichtlich unter die Haut.*
Seinen Krieg - wenn man es so nennen will - hat er nicht „gewonnen“, niemand hatte
10 *gewonnen aus seiner Sicht, aber entschieden hatte er sich für das höhere Interesse des Staates. Demokratie und Rechtsstaat behielten das letzte Wort, auch wenn Schleyer das nicht überlebte. Kritiker monierten später, Schmidts Entschlossenheit habe das weitere Morden nicht verhindert.*
Tatsächlich beendete der „deutsche Herbst“ 1977 noch nicht dauerhaft den Terrorismus
15 *der RAF. Am 10. Oktober 1986 wurde Gerald von Braunmühl in Bonn-Ippendorf, vor seinem Haus, auf offener Straße erschossen, der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Am 30. November 1989 fiel Alfred Herrhausen, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, in Bad Homburg, einem Mordanschlag zum Opfer. Etwas Vergleichbares wie der „deutsche Herbst“ 1977 allerdings hat sich nie mehr wiederholt. Dass*
20 *Schmidt bei der Abwägung „Mitschuld“ auf sich geladen habe, hat er nicht geleugnet. Einen Ausweg ohne Makel, ohne Schuldhaftigkeit sah er nicht. Verloren hatte die RAF ihren „Krieg“ [...]. Die Behauptung der Terroristen, Schmidt sei es gewesen, der Schleyer „zum Tode verurteilt“ habe, fand nicht mehr viel Widerhall [...].*

Zitiert nach: Gunter Hofmann: Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone. München (Beck-Verlag) 2015, S. 292-293.

IMPULSE

- ▶ Erläutert mithilfe der Ausführungen Hofmanns, warum Helmut Schmidt bei der Preisverleihung 2013 gleichzeitig „gefasset, berührt, aufgewühlt und sicher“ war.
- ▶ Beurteilt, inwiefern Schmidts Verhalten 1977 zwar nicht weitere terroristische Morde, aber eine Wiederholung des „Deutschen Herbsts“ verhindert haben könnte.

Zum Einstieg

Süddeutsche Zeitung, Hartmann/euroluftbild.de



Kernkraftwerk Gundremmingen in Bayern, 19. Juni 2001 (2021 abgeschaltet)



picture alliance, Ingo Wagner

Windpark „Bard Offshore 1“ (2010 eröffnet)

ALLE KAPITELBILDER



IMPULS

- In den 1970er-Jahren hofften viele Menschen auf die Kernenergie zur Sicherung des hohen Energiebedarfs in Deutschland – Anfang der 2000er-Jahre werden Windparks in der Nordsee geplant. Welche Fragen ergeben sich bei einem Vergleich beider Bilder und ihrer Aussagen?

Kurzfristige Reaktionen und langfristige Planungen?

Energie- und Wirtschaftspolitik (1972–1982)

WORUM GEHT'S?

Finanzkrise, Klimawandel und Corona-Pandemie: Weltweite Krisen mit wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen prägen unsere Zeit. Da lohnt ein Blick in die Geschichte: In den 1970er-Jahren erlebte die Bundesrepublik Deutschland die Auswirkungen globaler Umbrüche. Dazu gehörte auch eine „Energiewende“ – hin zu mehr Energiesparen, zur Kernenergie und heimischer Kohle. Als Finanzminister (1972–74) und dann als Bundeskanzler (ab 1974) stand mit Helmut Schmidt ein nüchterner Wirtschaftsexperte als Krisenmanager bereit. Wie kam er durch die Krise? Könnte seine Strategie auch heute noch funktionieren?

Bis Ende des Jahres 2022 sollen in Deutschland die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Das Land befindet sich mitten in einer „Energiewende“, die eine nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien (beispielsweise Windkraft) zum Ziel hat. Dabei durchlebte das Land erst vor wenigen Jahrzehnten eine andere Art von Energiewende. Damals wurden jedoch nicht die erneuerbaren Energien, sondern Kernkraft und heimische Kohle gefördert. Helmut Schmidt wollte die Abhängigkeit der Bundesrepublik von importiertem Öl beenden, die 1973 eine wichtige Ursache für eine Wirtschaftskrise war. Gleichzeitig wollte er die Energieversorgung unbedingt sicherstellen. Seine Strategien zur Bewältigung der Krise blieben jedoch nicht ohne Widerspruch, sondern riefen Protest aus der Bevölkerung und in der eigenen Partei hervor.



NACHFRAGEORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Diese Richtung der Wirtschaftspolitik verfolgt das Ziel, in erster Linie die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen zu stärken. Das geschieht durch Programme, bei denen viele Menschen Geld zur Verfügung bekommen, das sie ausgeben können. Das ist besonders dann sinnvoll, wenn zwar viele Produkte angeboten werden, die Menschen aber nicht das Geld haben, diese zu kaufen. Der Staat gleicht so einen Mangel an Nachfrage aus.

Außerdem soll der Staat selbst mehr nachfragen, indem z. B. Straßen und Schulen gebaut werden. Dazu ist auch eine Erhöhung der Neuverschuldung des Staats erlaubt, denn durch die erhöhte Nachfrage des Staats steigen langfristig auch die Steuereinnahmen an und die Schulden können zurückgezahlt werden. Durch die erhöhte Nachfrage werden beispielsweise neue Fabriken, Einkaufszentren und Freizeitparks gebaut und Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit sinkt und der Wohlstand des Landes wächst.



ANGEBOTSORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Diese Politik soll die eigene Wirtschaft konkurrenzfähiger machen. Dazu werden die Kosten für die Unternehmen gesenkt und die Produktionsbedingungen verbessert. Dazu gehören auch Steuersenkungen für die Unternehmen und Sparmaßnahmen aufseiten des Staats, der versucht, Schulden abzubauen. Auf diese Weise erhalten die Unternehmen mehr Bewegungsfreiheit, nicht zuletzt durch Kapital, das zur Verfügung steht, weil der Staat es nicht beansprucht. Insgesamt soll es so für die Wirtschaft leichter werden, neue und preisgünstigere Produkte auf den Markt zu bringen. Davon profitiert dann auch die Nachfrageseite: Die Menschen können für weniger Geld bessere Produkte erwerben. Die besseren Bedingungen für die Unternehmen haben dann auch zur Folge, dass z. B. neue Fabriken gebaut und mehr Menschen beschäftigt werden und die Arbeitslosigkeit sinkt.

Das Öl wird teuer und knapp

Für die Bundesrepublik Deutschland gingen in den 1970er-Jahren die „goldenen Wachstumsjahre“ seit Anfang der 1950er-Jahre zu Ende. Sie werden heute mit dem Begriff „Wirtschaftswunder“ bezeichnet. Es begann ein Jahrzehnt von Krisen und beschleunigtem Strukturwandel. Der bestimmende Faktor war dabei die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom importierten Öl. Als politische Spannungen und Kriege im Nahen Osten dazu führten, dass die Förderländer den Rohölpreis in kurzer Zeit zweimal stark erhöhten, wurden der Verbrauch von Heizöl, das Autofahren oder der Betrieb von Lastwagen deutlich teurer. Viele Produzenten und Dienstleister gaben diese Mehrkosten weiter, indem sie ihre Verkaufspreise erhöhten. Diese Preissteigerungswelle löste eine Inflation aus. Die Kaufkraft der Bevölkerung sank. Stand eine neue Weltwirtschaftskrise am Horizont, mit Massenarbeitslosigkeit und Armut? Helmut Schmidt hatte als Kind die Wirtschaftsdepression ab 1929 und in der Folge Diktatur und Krieg miterlebt. Deshalb waren wirtschaftliche und politische Stabilität für ihn von zentraler Bedeutung.

Wie kann die Energieversorgung gesichert werden?

Eine gesicherte Energieversorgung ist die Grundlage für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung. In der Bundesrepublik basierte diese in erster Linie auf Kohle, die in Kraftwerken zu Strom verbrannt und in Häusern und Wohnungen zum Heizen verwendet wurde (und wird); in der Industrie trieb sie die Maschinen an. Das hatte sich Anfang der 1970er-Jahre geändert. Geheizt wurde nun mit Öl und auch der massiv angewachsene Verkehr war von Benzin und Diesel abhängig. Beim Heizen und beim Verkehr gab es zum Öl keine Alternative. Hier konnte zunächst nur auf Energiesparen gesetzt werden. Anders sah es bei der Stromerzeugung aus: Mit der heimischen Steinkohle gab es einen bewährten Energieträger. Allerdings war Steinkohle auf dem Weltmarkt viel kostengünstiger zu importieren, als diese aus tiefen Bergwerken in Westdeutschland zu fördern. Um aber nicht von Importen abhängig zu werden und damit gleichsam die Ölpreiskrise zu wiederholen, wurde an der deutschen Kohle festgehalten. Um sie zu fördern, zahlte der Staat den Bergwerksunternehmen – und damit auch den Beschäftigten – viel Geld.

Zukunft Kernenergie?

Mit der neu entwickelten Kernenergie schien eine moderne Alternative bereitzustehen. Sie sollte eine sauberere und kostengünstige Stromversorgung für Wirtschaft und Bevölkerung ermöglichen. Zwar musste das Uran als Brennstoff auch importiert werden, jedoch war keine dem Öl entsprechende Knappheit zu befürchten. Regierung, Industrie und Gewerkschaften versprachen sich bezahlbaren Strom und eine geringere Abhängigkeit vom Öl. (Dass Kernkraftwerke vergleichsweise weniger CO₂ ausstoßen, spielte in den Diskussionen der 1970er-Jahre noch gar keine Rolle.)

Doch überall, wo ab den 1970er-Jahren ein neues Kernkraftwerk errichtet werden sollte, regte sich Widerstand. Die neue Technologie schürte Ängste. Bürgerinitiativen schätzten die Gefahren radioaktiver Verstrahlungen als sehr hoch ein und standen auch dem (bis heute) ungelösten Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle kritisch gegenüber. Schließlich glaubten auch viele Kritikerinnen und Kritiker, dass die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen in den Kraftwerken zu einer neuen Diktatur führen könnten, einem „Atomstaat“ mit tiefgreifenden Eingriffen durch Polizei- und Staatsgewalt.

An geplanten Nuklearstandorten wie Brokdorf oder Gorleben kam es zu teils gewalttätigen Auseinandersetzungen. Der Staat musste mit einem massiven Polizeiaufgebot die Baustellen vor gewaltbereiten Protestierenden schützen – überall wurde jedoch auch vor allem friedlich demonstriert. Aus der Anti-Atom-Bewegung (sowie aus verschiedenen anderen Protestgruppen) ging schließlich auch eine neue politische Partei hervor: 1979 gründeten sich DIE GRÜNEN. Für Helmut Schmidt als Bundeskanzler blieb die Kernenergie jedoch ein unverzichtbarer Baustein einer sicheren Energieversorgung. Er folgte hier dem Godesberger Programm (1959) seiner Partei, in dem es heißt, „[...] daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt“.

Von einer Atempause zur neuen Krise

- 60 Mitte der 1970er-Jahre stabilisierte sich die wirtschaftliche Lage. Der Ölpreisschock schien überwunden, die Wirtschaft wuchs wieder. Auch die Arbeitslosigkeit stieg nicht mehr weiter, blieb jedoch auf vergleichsweise hohem Niveau. Vor diesem Hintergrund verfolgte Helmut Schmidt eine „nachfrageorientierte“ Wirtschaftspolitik: Durch hohe Staatsausgaben sollte die Wirtschaft zu mehr Produktion angeregt werden, um insbesondere neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das wurde mit neuen Staatsschulden finanziert, die später aus höheren Steuereinnahmen aufgrund des Wirtschaftswachstums zurückgezahlt werden sollten.
- 65 Doch dann kam es 1979 im Zusammenhang mit der Revolution im Iran zu einer zweiten Ölpreiskrise: Wieder gab es Boykotte und Lieferengpässe, wieder explodierten förmlich die Preise für Heizöl, Diesel und Benzin. In der Bundesrepublik Deutschland verdoppelten sich die Arbeitslosenzahlen, die Inflation nahm deutlich zu und die Neuverschuldung des Staats schien außer Kontrolle zu geraten.
- Infolgedessen zeigten sich wachsende Spannungen in der seit 1969 bestehenden Regierungskoalition von SPD und FDP. Die FDP forderte einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik: Der Staat sollte sparen, die Verschuldung reduziert und die Kosten für die Unternehmen gesenkt werden. An die Stelle der Förderung der Nachfrage sollte eine Unterstützung des Angebots treten.*
- 70 Gleichzeitig wurden innerhalb der SPD die Forderungen nach mehr Staatseinfluss und Steuererhöhungen lauter, um so als Staat auch in wirtschaftlichen Fragen aktiver werden zu können. Bundeskanzler Helmut Schmidt geriet so von allen Seiten unter Druck: Konnte er die Koalition noch zusammenhalten und seinen Kurs einer gemäßigten, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik fortführen?



VON EINER ZUKUNFTS-ENERGIE ZUM RISIKOFAKTOR? DIE KERNKRAFT

Mit dem Einsatz der ersten Atombombe endete der Zweite Weltkrieg – zwei Explosionen erzwangen die Kapitulation Japans. Nach dem Krieg wurden Verfahren zur sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie entwickelt. Dabei wird der natürliche Zerfall von Urankernen zur Erwärmung von Wasser genutzt, das wiederum in Elektrizität umgewandelt wird. Seit den 1950er-Jahren liefen Versuchsreaktoren, seit den 1960er-Jahren wurden weltweit und auch in der Bundesrepublik große Kernkraftwerke zur Stromerzeugung gebaut. Neben den Vorteilen – Erzeugung großer Strommengen auf einer kleinen Fläche, kaum Verbrauch an Brennstoffen – zeigten sich von Anfang an aber auch drei zentrale Nachteile der neuen Energieform:

1. Radioaktive Strahlung bedeutet immer auch eine Gesundheitsgefährdung, dabei ist sie nicht zu sehen, zu fühlen oder zu schmecken. Wenn ein Unfall geschieht, droht sogar tödliche Gefahr. Das zeigten später die Nuklearkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima.
2. Der Staat musste mit viel Aufwand für die Sicherheit der Anlagen sorgen. Kritiker sahen hier einen „Atomstaat“ entstehen, der sich gegen das Sicherheitsempfinden seiner eigenen Bevölkerung stellte und demokratische Grundrechte bedrohte.
3. Das dritte Problem war die Lagerung der abgebrannten Brennstäbe; die hohe Reststrahlung erforderte eine sichere Lagerung über Hunderte oder auch Tausende von Jahren. Dieses Problem ist bis heute ungelöst.

Die völlige Zerstörung der Atomreaktoren im japanischen Fukushima infolge eines Tsunamis sowie die anschließende Verseuchung von Mensch und Natur brachten die Bundesregierung dazu, bis 2022 aus der Atomkraft auszusteigen. In der Gegenwart gibt es in einigen Ländern wie China, Großbritannien oder Finnland wieder Neubauprojekte, bei denen die Kernreaktoren besonders sicher konstruiert werden und als Teil einer regenerativ-ökologischen Energieversorgung dienen sollen.

IMPULSE

- **D1:** Stellt in einer Tabelle die Konzepte einer angebots- und einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gegenüber. Führt dazu eine Internetrecherche durch. Nutzt zur Kontrolle auch die Erklärung unter www.bpb.de.
- Informiert euch über den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland und über die Nutzung in unseren europäischen Nachbarländern.



INFLATION UND ARBEITSLOSIGKEIT

Ein zentrales Problem der 1970er-Jahre waren deutlich steigende Arbeitslosenzahlen. Helmut Schmidt und viele andere politisch Handelnde befürchteten, dass – wie in der Weltwirtschaftskrise ab dem Jahr 1929 – damit auch das parlamentarisch-demokratische System in eine Krise geraten könnte. Denn wenn die Menschen wirtschaftliche Not leiden, werden sie anfälliger für autoritäre und politisch extreme Ideen. Könnte Deutschland so wieder zu einer Diktatur werden? Oder würde die DDR mit ihrem zentralstaatlich-kommunistischen System jetzt attraktiver? Die Regierungen aller westlichen Industriestaaten versuchten, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit durch höhere Staatsausgaben (und damit höherer Verschuldung) zu vermeiden. Eine dadurch steigende Inflation (Geldentwertung) wurde in Kauf genommen („Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit“, wie Helmut Schmidt sagte). Am Ende der 1970er-Jahre war dieser Kurs aber nicht mehr durchzuhalten: Die Inflation drohte außer Kontrolle zu geraten, gleichzeitig stieg die Zahl der Arbeitslosen immer weiter an.

Q1 Das Spiel „Öl für uns alle“



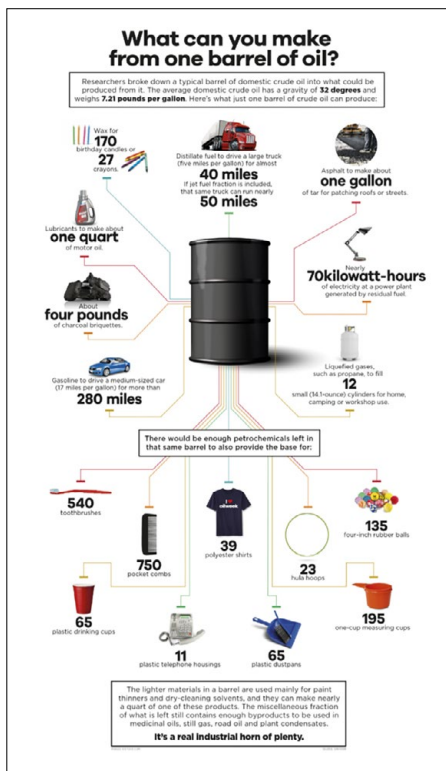
Ravensburg

IMPULS

- ▶ Entwerft ein Titelbild für ein vergleichbares Spiel, das die heute aktuelle Energiepolitik aufgreift, z. B. zur Elektromobilität oder zu Windkraft- und Solaranlagen. Wenn ihr Zeit und Interesse habt, könntet ihr auch das Spielfeld und die Spielregeln entwickeln.

Die Nutzung von Öl als wichtigste Energiequelle und damit als eine Grundlage der Wirtschaft, preisgünstig und leicht verfügbar, setzte sich in den 1960er-Jahren durch und stand für eine moderne, bequeme und zukunftsorientierte Lebensart. Öl war Treibstoff für die vielen Automobile, Flugzeuge und Containerschiffe, auch für die neuen Diesellokomotiven der Bahn, die die Dampflokomotiven abgelöst hatten. In den Häusern wurden Ölheizungen statt der früher üblichen Kohleöfen eingebaut. Im Spiel „Öl für uns alle“ (hier Version um 1960) gilt es, neue Ölquellen im Wettrennen mit anderen Spielerinnen und Spielern zu erschließen und an den Weltmarkt anzubinden – um so reich zu werden.

Q2 Abhängig vom Öl?



visualcapitalist.com

Seit den 1960er-Jahren war die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten vom preisgünstigen Rohöl immer weitergewachsen. Öl war ein billiges und zuverlässiges Heizmaterial, günstiger und leichter zu handhaben als die heimische Kohle. Die Massenmotorisierung war ohne Benzin und Diesel nicht denkbar und schließlich wurde Öl auch zur Grundlage vieler neuer Produkte.

IMPULSE

- ▶ Übersetzt die englischsprachigen Begriffe und Bezeichnungen in passende deutsche.
- ▶ Das Plakat (um 1970) ist mehr als 50 Jahre alt. Prüft, ob sich die Leistungswerte in der oberen Hälfte verändert haben und ob die Produkte in der unteren Hälfte immer noch existieren.
- ▶ Diskutiert, warum auch heute noch eine so große Abhängigkeit vom Rohöl besteht und wo es eine Chance gibt, diese Abhängigkeit dauerhaft abzubauen.



IMPULSE

- ▶ In den 1970er-Jahren war Öl eine entscheidende Grundlage der Wirtschaft. Überlegt gemeinsam, welche Entwicklungen in der Energiewirtschaft heute den gesamten Staat in eine Krise stürzen würden.
- ▶ Beschreibt und vergleicht, welches Bild der Ölpreiskrise von 1973/74 durch die beiden Fotografien vermittelt wird. Bezieht dabei mögliche Absichten der Fotografierenden ein.
- ▶ Findet durch eine Internetrecherche bei LeMO weitere Informationen zur Öl- und Wirtschaftskrise seit Anfang der 1970er-Jahre. www.dhm.de/lemo (mögliches Stichwort: „Wirtschaftskrise“). Bezieht auch Informationen aus Q11 ein. Sammelt eure Eindrücke und Ergebnisse in einer Bildpräsentation in Form eines Pecha Kuchas, bei dem (die Idee stammt aus Japan) jeweils ein Bild mit einer kurzen Information verbunden wird: In einem Pecha Kucha gibt es 20 Bilder, zu jedem Bild wird 20 Sekunden lang geredet.

Q3 Die Ölpreiskrise von 1973/74

Ein Krieg im Nahen Osten führte zu einer Unterbrechung der Öllieferungen. Die in der Bundesrepublik gelagerten Reserven reichten nur für wenige Wochen. Die Bundesregierung ergriff drastische Sparmaßnahmen, wie die Anordnung von autofreien Sonntagen. Gleichzeitig verdoppelten sich die Ölpreise: Die Bundesrepublik wurde in eine Wirtschaftskrise gestürzt, die Zahl der Arbeitslosen wuchs. Für den Finanzminister Schmidt hieß das, mit sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Ausgaben klarzukommen – sowie gleichzeitig auch Geld für Staatshilfen und Konjunkturprogramme aufzutreiben. (Siehe auch den Darstellungstext D1.)

Q4 Grenzen des Wachstums? Umweltschutz als politisches Ziel



Seit dem Beginn der 1970er-Jahre entwickelte sich langsam ein breitenwirksames Umweltbewusstsein. Große Bekanntheit erlangte eine Studie des „Club of Rome“, in der die Zerstörung der Welt durch Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung vorhergesagt wurde. Katastrophen durch Unglücke von Öltankern, die Verschmutzung der Luft durch Kohlekraftwerke sowie durch Kraftfahrzeuge, Pannen in Chemiefabriken und andere Umweltskandale sorgten dafür, dass immer mehr Menschen sich für eine intakte Umwelt einsetzten. Für die Regierungspolitik stand der Umweltschutz jedoch nicht im Mittelpunkt, auch wenn erste Maßnahmen zur Reinigung der Flüsse und der Verbesserung der Luft beschlossen wurden.

IMPULSE

- ▶ Beschreibt das Buchcover und überlegt, warum dieses Bild für ein wissenschaftliches Buch ausgewählt wurde.
- ▶ Informiert euch über die Geschichte des Umweltschutzes (beispielsweise unter www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/dossier-umwelt/61136/geschichte) und stellt die wesentlichen Schritte seit Anfang der 1970er-Jahre bis heute zusammen.
- ▶ Stellt eine Liste der für euch wichtigen Ziele beim Umweltschutz auf. Vergleicht diese mit aktuellen Aktionsfeldern auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums.
- ▶ Informiert euch über den „Club of Rome“ und dessen Prognosen. Welche Kritik gibt es aus heutiger Sicht daran?

Q5 Gemeinsam Energie sparen?

Durch die Ölpreiskrise wurde den Deutschen ihre Abhängigkeit vom Rohstoff Öl, also der Anteil unterschiedlicher Energieträger wie Öl, Gas, Kohle und erneuerbarer Energien bewusst. Die Bundesregierung forderte zum Sparen von Energie auf. Der Umweltgedanke stand noch im Hintergrund.

Aus einer Werbeproschüre der Bundesregierung (1974)

Unser Energiebedarf wächst

1960: 212, 1965: 266, 1970: 337, 1973: 371, 1975: 406 (Schätzung)

Öl hat den größten Anteil

ÖL: 20,7, STEINKOHLE: 82,2, ERD-GAS: 34,6, ÜBRIGE: 46,8

Wer verbraucht das meiste Öl?

Industrie: 38, Private Haushalte: 67, Verkehr einschl. private Pkw: 44

IMPULS

- ▶ Findet durch eine Internetrecherche heraus, wie sich der Energieverbrauch („Energimix“ und Ölanteil) bis heute entwickelt hat. Diskutiert, wie sich die heutigen Daten weiterentwickeln sollten.
- ▶ Wie wurde Energiesparen in den 1970er-Jahren begründet, wie wird es heute begründet? Erklärt den Unterschied. Beachtet auch Q4.
- ▶ Prüft, ob die einzelnen Tipps auch heute noch zu gebrauchen wären. Entwickelt so ein aktuelles Plakat zum Energiesparen.
- ▶ Erklärt, warum die Gründe für den Aufruf zum Energiesparen sich 1973/74 von den heutigen unterscheiden – die Ergebnisse aber durchaus ähnlich sein können.

Archiv der sozialen Demokratie

Q6 Auswirkungen der Inflation auf die Bevölkerung

In einem Schreiben vom 12. September 1972 rechnet ein einfacher Angestellter dem Finanzminister Helmut Schmidt die Auswirkungen der Inflation vor.

Kurt B ö h m ,
8901 Aystetten,
Hauptstr. 18.

Den 12.9.72.

Herrn
Bundeswirtschafts- u. Finanzminister
Helmut Schmidt
Bonn .

Sehr geehrter Herr Minister,

über Preissteigerungen haben Sie sicherlich schon sehr viel gehört, dennoch glaube ich, dass sehr viele Abgeordnete und auch die Regierung die Auswirkungen dieser Preissteigerungen auf den einfachen Menschen nicht ganz begreifen können.

Für jemanden, der ein Ministergehalt von oca 214.000 DM brutto(jährlich) oder der als Staatssekretär monatlich DM 13.000 netto beziehen soll(lt. Zeitungsangaben), spielt es sicherlich keine Rolle, ob eine Breze 10 oder 15 Pfennig kostet.

Wie schaut es aber bei einem Arbeiter oder Angestellten aus ? Gerade die letztere Gruppe, zu der ich zähle, ist stark ins Hintertreffen gekommen, denn durch Schwarzarbeit kann ein Angestellter kaum etwas hinzuverdienen und wenn Kinder da sind, muss die Frau zu Hause bleiben.

In der Metzgerei Zimmermann in Augsburg, Hoher Weg, kostete noch in der vorigen Woche 1 Knacker mit Senf (ohne Semmel) 60 Pfennig. Gestern musste ich 75 Pfennig dafür bezahlen. Verteuerung: 25 % .

Eine Breze kostete in unserer Kantine bis vor kurzem 10 Pf.

Eingang im Ministerium
am 18. SEP. 1972
Tgb. Nr. 6019/9
Ant. J. Rudloff

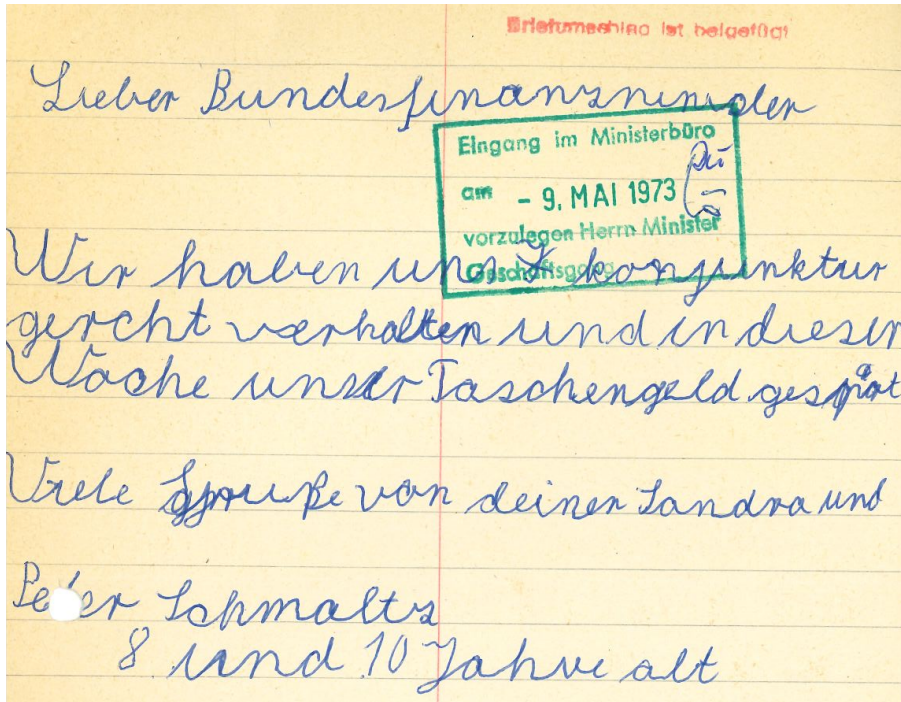
IMPULSE

- ▶ Erklärt mithilfe der Beispiele aus dem Brief, welche konkreten Probleme eine hohe Inflationsrate (Geldentwertung) für Normalverdienende mit sich bringt.
- ▶ Prüft, ob der Brief heute genauso geschrieben werden könnte: Was ist gleich geblieben, was hat sich geändert?
- ▶ Überlegt, warum es für vermögende Menschen leichter ist, den Auswirkungen einer Geldentwertung zu entgehen beziehungsweise diese abzumildern.
- ▶ Das Gegenteil von Inflation ist Deflation, das heißt das Sinken von Preisen. Wer könnte hier profitieren, wer könnte Nachteile haben? Sammelt Beispiele.

Archiv der sozialen Demokratie

Q7 Sparen gegen die Geldentwertung? Kinderbrief an Finanzminister Schmidt (9. Mai 1973)

Als Finanzminister plädierte Schmidt auch dafür, die Geldentwertung durch den Verzicht auf Ausgaben und das Sparen zu begrenzen. Dieses Verhalten wurde als „konjunkturgerecht“ bezeichnet, weil eine verlangsamte Geldentwertung die wirtschaftliche Entwicklung („Konjunktur“) unterstützen sollte.



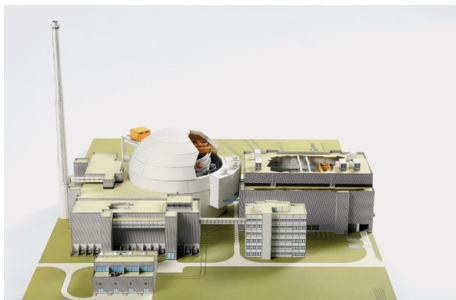
Archiv der sozialen Demokratie

IMPULSE

- ▶ Findet heraus, warum es der Bekämpfung der Geldentwertung dient, wenn die Menschen ihr Geld sparen, statt es auszugeben.
- ▶ Entwerft ein mögliches Antwortschreiben des Ministers an Sandra und Peter.
- ▶ Prüft, ob der Brief heute genauso geschrieben werden könnte: Wie wird das Sparen heute wirtschaftlich eingeschätzt?

Q8 Faszination und Gefahren der Kernenergie

Die Kraftwerk Union AG gibt 1982 dieses detaillierte Modell im Maßstab 1:1350 mit einsehbarer Reaktorkuppel in Auftrag. Das Modell sollte Menschen für die Technik begeistern und zeigen, dass diese unbedingt kontrollierbar sei.



links: Thomas Pleiner
rechts: Merck KGaA



Noch heute gelten Jodtabletten als medizinische Ersthilfe, falls Menschen nuklearer Strahlung ausgesetzt sind. Allerdings verhindert nur die rechtzeitige Einnahme eine schädliche Anreicherung radioaktiven Jods im Körper.

IMPULSE

- ▶ Recherchiert im Internet, z. B. bei www.dhm.de/lemo und www.bpb.de, über die Geschichte der Kernenergie in Deutschland. Findet heraus, welche Vorteile und welche Nachteile diese Energieform hat, was Deutschland vorhat und welche Zukunft die Atomkraft weltweit hat. Fasst eure Ergebnisse in Stichworten für einen kurzen Vortrag zusammen.
- ▶ Diskutiert, warum das Modell des Kernkraftwerks die Vorbehalte der Gegnerinnen und Gegner der Kernenergie möglicherweise noch verstärkte.



Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Q9 Demonstrationen gegen die Kernenergie

Ende der 1970er-Jahre bekommen die Protestgruppen gegen die Kernenergie immer mehr Zulauf. Sie werden zu einem Magnet für viele gesellschaftskritische Gruppen und auch zu einer Keimzelle der Partei DIE GRÜNEN. Auch in der Regierungspartei SPD wächst der Widerstand gegen den Kurs ihres Bundeskanzlers.

IMPULS

- Untersuche das Titelbild auf Hinweise über die politische Zielsetzung des Magazins. Werte dabei sowohl die Texte als auch das Bild aus und achte darauf, wie Unterstützende sowie Gegnerinnen und Gegner dargestellt wurden.

Q10 Ein neuer Ölpreisschock und gefährliche Alternative?

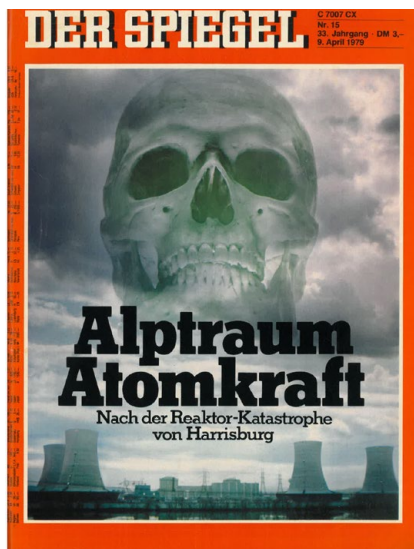
1979 wurde im Iran die prowestliche Regierung des Schahs gestürzt und eine antiwestliche islamische Republik errichtet. Der Iran ist bis heute einer der großen Ölproduzenten. Boykotte gegen das neue Regime verhinderten den Ankauf iranischen Öls, dadurch verknappte sich der Rohstoff auf dem Weltmarkt wie schon 1973/74. Die Preise für Benzin und Heizöl explodierten ein zweites Mal. Fast gleichzeitig ereignete sich ein Unfall in dem amerikanischen Atomkraftwerk Harrisburg: Hier war es fast zu einer sogenannten Kernschmelze gekommen, die eine Katastrophe ausgelöst hätte. Für die in der Bundesrepublik schon vorher starke Anti-Atomkraft-Bewegung war Harrisburg ein erster „Verstärker“, hinzu kam dann später die Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk von Tschernobyl (1986). Für die Energieversorgung schien es keine Lösung zu geben: Öl war knapp und teuer und wurde zudem oft in politisch instabilen Weltregionen gefördert. Die mögliche Alternative Kernenergie wurde von weiten Kreisen in der Bevölkerung abgelehnt und barg immer die Gefahr unkontrollierbarer Katastrophen.

IMPULSE

- Beschreibe die mögliche Wirkung beider Titelbilder auf unvoreingenommene Menschen. Mit welchen Stilmitteln arbeiten die Darstellungen?
- Findet heraus, ob es auch heute ein „Energiedilemma“ gibt und welche Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden.

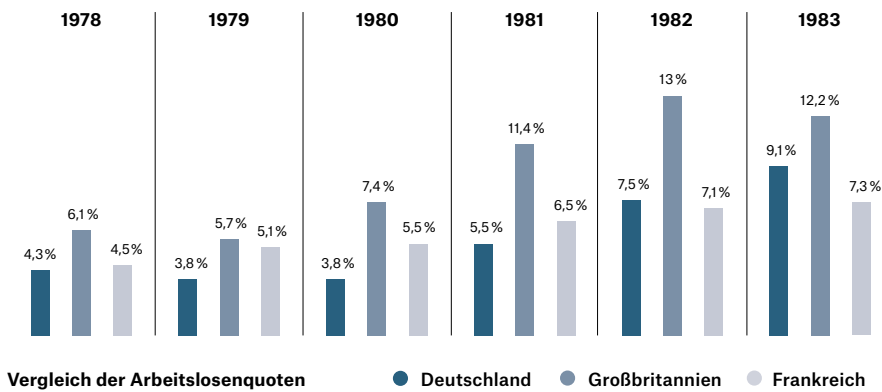
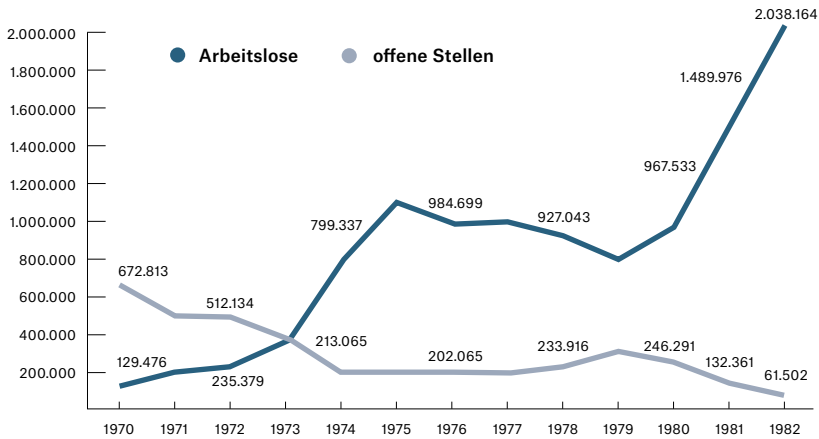


links: DER SPIEGEL Nr. 8, 19. Februar 1979
rechts: DER SPIEGEL Nr. 15, 9. April 1979



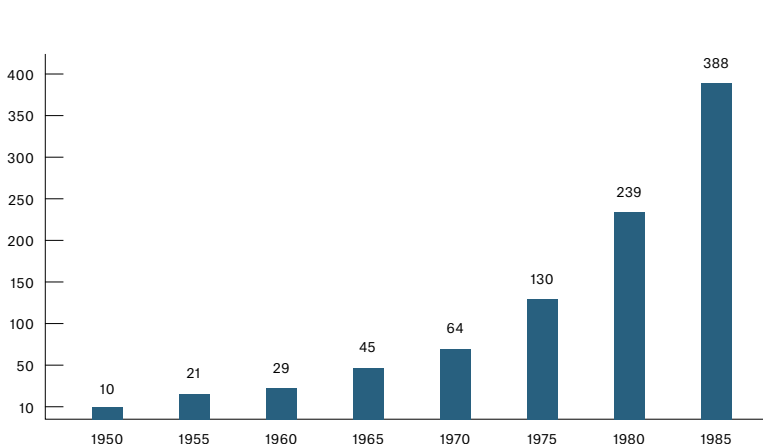
Q11 Arbeitslosigkeit und steigende Verschuldung als Krisenzeichen und Herausforderung

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der gemeldeten Zahl der offenen Stellen 1970 - 1982



Grafik: Christian Klier. Daten aus: DER SPIEGEL Nr. 49, 6. Dezember 1982

Q12 Wachsende Verschuldung des Staats in Milliarden Euro (1950 - 1985)



Grafik: Christian Klier. Daten aus: Statistisches Bundesamt, www.de.statista.com/statistik/daten/studie/154798/umfrage/deutsche-staatsverschuldung-seit-2003/

IMPULSE

- ▶ Analysiert, wie sich die Verschuldung der Bundesrepublik von 1950 bis 1985 entwickelte. Beschreibt dazu die Entwicklung der Zahl in Worten und berechnet die unterschiedlichen Zunahmewerte, sowohl absolut als auch prozentual.
- ▶ Schreibt auf Grundlage der Zahlen einen Kommentar zum Erfolg/Misserfolg der Finanzpolitik Helmut Schmidts.

D2 War die Wirtschafts- und Finanzpolitik Helmut Schmidts erfolgreich?

Der Politikwissenschaftler Thomas Ellwein, Mitglied der SPD und ein enger Gesprächspartner Schmidts, fasste 1989 zusammen:

- 1 *Jedenfalls wurden die unmittelbaren Auswirkungen des Ölschocks überwunden: Die Arbeitslosigkeit stieg nicht mehr an, verharrte aber auf dem inzwischen erreichten, relativ hohen Niveau; die Inflationsrate blieb begrenzt; der Export behielt seine für das inländische Wirtschaftsgeschehen dominierende [= beherrschende] Rolle. Der Bundesrepublik*
- 5 *sagte man nach 1976 nach, sie sei neben Japan am besten mit der Ölpreiskrise fertig geworden. Allerdings wurde die öffentliche Verschuldung nur wenig reduziert und Fördermittel aus dem öffentlichen Haushalt wurden immer selbstverständlicher. Im März 1977 beschloss die Bundesregierung z. B. das „Programm für Zukunftsinvestitionen“, in dessen Rahmen bis 1981 16 Milliarden DM ausgegeben werden sollten. Ende der siebziger*
- 10 *Jahre stand die Bundesrepublik unter zunehmendem internationalen Druck, sich stärker in der Konjunkturbelebung zu engagieren.*

Thomas Ellwein: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. München (dtv) 1989, S. 55–56.

IMPULSE

- ▶ Thomas Ellwein gibt in Z. 1–5 die Einschätzung wieder, dass die Bundesrepublik neben Japan am besten mit der Ölpreiskrise fertig geworden sei. Überprüft diese These mithilfe der Statistiken in **Q11** und **Q12**.
- ▶ Erläutert die beiden nachteiligen Folgen, die Thomas Ellwein in Z. 6–7 benennt, und diskutiert, inwiefern diese nach der zweiten Ölpreiskrise das Zerbrechen der Regierungskoalition befördert haben könnten. Bezieht dabei **Q13** ein.

Q13 Kündigung der Regierungskoalition?

Die zweite Ölpreiskrise verschärfte die wirtschaftliche und finanzielle Krise der Bundesrepublik. Das Wirtschaftswachstum ging gegen null, die Arbeitslosigkeit stieg immer weiter an, die Inflationsrate erhöhte sich und die Staatsverschuldung explodierte förmlich. Während die SPD am Konzept der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik mit einem starken Staatseinfluss und auch einer hohen Steuerquote festhielt, wandte sich der kleine Koalitionspartner FDP immer mehr dem Konzept der Angebotsorientierung mit geringeren Staatsausgaben und Steuersenkungen zu. Helmut Schmidt selbst gab seinem Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff den Auftrag, dessen Kritik am SPD-Konzept in einem Papier zusammenzufassen. Da der Wirtschaftsminister schon länger ein Konzept in seinem Ministerium erarbeiten ließ, konnte er nach wenigen Tagen ein umfassendes Papier vorlegen. Das „Lambsdorff-Papier“ enthielt die Forderung nach strikten Sparanstrengungen des Staats, mehr Handlungsspielraum für die Privatwirtschaft und eine „Verbilligung“ der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Senkung von Sozialabgaben und Kosten für die Unternehmen. Das alles war für den linken SPD-Flügel nicht mehr akzeptabel. Aus der Rückschau ist nicht zu klären, ob Helmut Schmidt das „Lambsdorff-Papier“ nutzen wollte, um weitergehende Forderungen der SPD-Basis unter Verweis auf die unverrückbaren Positionen seines Koalitionspartners unter Kontrolle zu bringen, oder ob er von Anfang an ein Zerbrechen der Koalition kalkulierte. Vonseiten der FDP ist das „Lambsdorff-Papier“ stärker als „Kündigungsschreiben“ zu bewerten.

Q13a: Schreiben Graf Lambsdorffs an Helmut Schmidt vom 9. September 1982

Q13b: Titelseite eines Druckes des „Lambsdorff-Papiers“ (S. 41 oben)

IMPULSE

- ▶ Recherchiert, wie es 1982 zum Koalitionsbruch und zum Regierungswechsel kam. Schreibt die wesentlichen Ereignisse mit Datum in eine Tabelle. Beginnt unter www.dhm.de/lemo (mögliches Stichwort: „Kanzlerwechsel 1982“).
- ▶ Informiert euch über einzelne Forderungen in dem Papier und erläutert, warum diese ein Grund für den Bruch der Koalition waren.
- ▶ Diskutiert, warum Helmut Schmidt seinem Wirtschaftsminister den ausdrücklichen Auftrag zur Vorlage eines Konzepts gab, das schließlich die Koalition zerbrechen ließ. (**Q13a**)

DOKUMENTATION

Dr. Otto Graf Lambsdorff
Bundesminister für Wirtschaft:

KONZEPT FÜR EINE POLITIK ZUR ÜBERWINDUNG DER WACHSTUMSSCHWÄCHE UND ZUR BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

9. September 1982

Das „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ ist ein eigenständiger Vorschlag, den Otto Graf Lambsdorff in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Wirtschaft vorgelegt hat. Da das Papier in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Rolle spielt und auch sicherlich auf lange Zeit spielen wird, machen wir es allen Mitgliedern ungekürzt zugänglich.

9/82

DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT

5300 BONN 1, den 9. September 1982

An den
Bundeskanzler
Herrn Helmut Schmidt
Adenauerallee 139 - 141
5300 Bonn 1

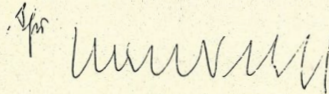
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Am Montag, den 30. August 1982, baten Sie mich, Ihnen meine Vorstellungen über die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Beschäftigungskrise zu entwickeln.

Ich sagte Ihnen, daß ich während der Sommerpause mit meinen Mitarbeitern an einem derartigen Konzept gearbeitet habe. Das Ergebnis darf ich Ihnen in der Anlage übersenden.

Mit dem Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion habe ich vereinbart, daß ich die Ausarbeitung den Mitgliedern der Fraktion am kommenden Sonntag zustelle.

Mit freundlichen Grüßen



Q14 Selbstbehauptung des kleinen Partners oder Sprengsatz der Koalition?

Mehr als ein Vierteljahrhundert später bewertet der Historiker Eckart Conze das „Lambsdorff-Papier“ von 1982:

- 1 Lambsdorffs Ausarbeitung wurde zum offiziellen Scheidungspapier der Koalition, obwohl deren Auflösung längst begonnen hatte und von der FDP-Führung immer stärker vorangetrieben wurde. Lambsdorffs „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ war eine Programmschrift des Wirtschaftsliberalismus. Es war durch und durch angebotspolitisch ausgerichtet und markierte in aller Deutlichkeit die Unterschiede zu einer nachfrageorientierten Politik im Zeichen der Globalsteuerung, wie sie von der SPD und den Gewerkschaften vertreten wurde. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, so Lambsdorff, an der die FDP und er selbst ja keinen geringen Anteil hatten, sei „zu kurzatmig, zu vordergründig, zu unsystematisch und teilweise sogar in sich widersprüchlich gewesen“. Mit diesem Befund hatte Lambsdorff nicht Unrecht. Nun aber, so fuhr er fort, müsse es „vor einer wichtigen Wegkreuzung“ darum gehen, „daß die Politik für die Wirtschaft einen neuen Anfang setzt und eine Zukunftsperspektive gibt, die frei ist von entbehrlichen staatlichen Belastungen, so daß Investitionen in neue Arbeitsplätze und zur Sicherung vorhandener
- 5
- 10
- 15 Arbeitsplätze wieder vertretbar und lohnend erscheinen“. Lambsdorff forderte eine „marktwirtschaftliche Politik“, die der „Wirtschaft wieder mehr Handlungsraum“ verschaffe, und zugleich eine staatliche Politik, die Investitionsanreize gebe statt an der konsumtiven Seite anzusetzen. Eine lange Liste von Maßnahmen konkretisierte die Vorstellungen des Wirtschaftsministers. Nichts davon war für die SPD akzeptabel: nicht die
- 20 Senkung des Arbeitslosengeldes, nicht die Erhöhung von Eigenbeteiligungen in der Krankenversicherung, nicht die Liberalisierung des Kündigungsschutzes und nicht [...] die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Aus: Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. Berlin (Siedler) 2009, S. 510-511.

IMPULS

- Diskutiert mithilfe der Analyse Conzes, inwiefern das Papier Lambsdorffs der Selbstbehauptung eines kleineren Koalitionspartners oder als Sprengsatz einer Koalition gedient hat.

Energie – Sicherheit – Terrorismus.

Von der Geschichte in die Gegenwart und zurück. Unterrichtsmaterialien zur ständigen Ausstellung der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung „Schmidt! Demokratie leben“

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

Kattrepel 10
20095 Hamburg
www.helmut-schmidt.de

Autor: Dr. Helge Schröder

Redaktion: Dr. Magnus Koch, Merle Strunk, Dr. Meik Woyke

Mitarbeit: Lisa Querner




Gestaltung: Christian Klier

Druck: PIEREG Druckcenter Berlin GmbH

ISBN: 9783982042398

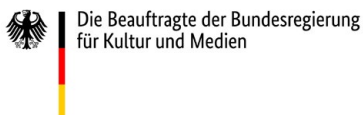
Umschlagbild: picture alliance / JOKER

Verwendete Symbole:

-  Quelle
-  Darstellung
-  Zur Information/Fachbegriff

Alle im Heft angegebenen Internet-Adressen wurden zuletzt am 17. Juli 2022 abgerufen.

Diese Unterrichtsmaterialien werden durch den Fachverband Geschichte und Politik Hamburg als Landesverband des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschland (VGD) und Korporatives Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) für den Einsatz im Unterricht empfohlen.





Die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung erinnert an einen der bedeutendsten deutschen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts und befasst sich als zukunftsorientierte Denkfabrik mit Fragestellungen, die auch den Vordenker Schmidt bewegten. Drei übergeordnete Themenfelder stehen im Mittelpunkt der programmatischen Stiftungsarbeit: 1. Europa und internationale Politik, 2. Globale Märkte und soziale Gerechtigkeit sowie 3. Demokratie und Gesellschaft.

Eng vernetzt mit diesen Programmlinien spiegelt die ständige Ausstellung „Schmidt! Demokratie leben“ in der Hamburger Innenstadt ein knappes Jahrhundert deutscher und internationaler Zeitgeschichte wider. Sie ordnet das Wirken ihres Namensgebers in aktuelle und geschichtliche Zusammenhänge ein. Im Helmut Schmidt-Archiv in Hamburg-Langenhorn macht die Stiftung die privaten Dokumente von Schmidt und seiner Frau Loki der Forschung zugänglich und gewährt der Öffentlichkeit Zugang zum ehemaligen Privathaus der Schmidts.